



# 9

**SCHLAGLICHTER  
DER WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SEPTEMBER 2022**  
MONATSBERICHT

**18**

**NACHHALTIGE  
TEXTILIEN**  
*DIE NEUE EU-STRATEGIE*

**23**

**PRIVATE MOBIL-  
FUNKNETZE**  
*SATELLITENPROJEKTE  
ZU 5G-CAMPUSNETZEN*

**24**

**DRAHTSEILAKT  
INFLATIONSRATE**  
*LÄNDER-UNTERSCHIEDE  
FORDERN DIE EZB*

*IM FOKUS*

## **WIND UNTER DIE FLÜGEL**

*MIT DEM WIND-AN-LAND-GESETZ SOLL DER  
WINDENERGIE-AUSBAU BESCHLEUNIGT WERDEN*



# ***EDITORIAL***



**LIEBE LESERIN,  
LIEBER LESER,**

Russland hat seit Mitte Juni seine Gasimportmengen nach Deutschland auf unberechenbare Weise reduziert, damit bewusst eine Gasknappheit geschaffen und die Preise für Gas extrem in die Höhe getrieben. Am 4. August hat die Bundesregierung vor diesem Hintergrund beschlossen, eine zeitlich befristete Gasumlage auf Basis des Energiesicherungsgesetzes einzuführen. Die Höhe der Umlage, die ab dem 1. Oktober erhoben wird, wurde auf 2,419 Cent pro Kilowattstunde festgesetzt.

Diese Umlage ist eine zusätzliche Belastung für die privaten Haushalte und die Unternehmen. Wir haben uns die Entscheidung daher nicht leicht gemacht. Sie ist aber notwendig, um die Gefahr eines Zusammenbruchs unserer Wärme- und Energieversorgung abzuwenden. Die Umlage stellt sicher, dass ein Großteil der Mehrkosten durch gestiegene Preise für Gasimporte so solidarisch wie möglich auf viele Schultern verteilt wird. Wichtig ist: Wir werden die steigenden Belastungen als Folge des russischen Angriffskriegs durch weitere, zielgenaue Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie eine Verlängerung der Hilfsprogramme für die Wirtschaft flankieren und diese, wenn nötig, passgenau zur Lage kalibrieren. Die befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas von 19% auf 7% ist dabei nur ein erster Schritt, der zusätzliche Belastungen abwendet. Weitere Maßnahmen stimmen wir derzeit innerhalb der Bundesregierung ab.

Gleichzeitig ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien entscheidend, um von fossilen Energieimporten so bald wie möglich unabhängig zu werden. Daher freue ich mich, dass Bundestag und Bundesrat vor der Sommerpause auf Vorschlag der Bundesregierung das größte Paket zum Ausbau der Erneuerbaren seit Langem beschlossen haben.

Ein wesentlicher Bestandteil des Pakets ist das Wind-an-Land-Gesetz, über das wir in dieser Ausgabe berichten. Um unsere Klima- und Energieziele zu erreichen, müssen wir die verfügbaren Flächen für den Ausbau der Windenergie an Land von heute ca. 0,5% auf 2% der Bundesfläche erhöhen – und das bereits in den kommenden zehn Jahren. Mit dem Wind-an-Land-Gesetz stellen wir sicher, dass ausreichend Flächen zur Verfügung stehen.

Unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern hat weitreichende Folgen: Die hohen Energiepreise infolge des russischen Angriffskrieges treiben seit Monaten die Inflation. Das Spektrum der Inflationsraten in der Eurozone ist zugleich sehr breit. Die Hintergründe beleuchten wir in dieser Ausgabe. Dabei zeigt sich: Die Energiepreisinflation in einem Land ist aktuell umso höher, je höher der Anteil an Importen von Energie und Energieträgern aus Russland ist.

Ein weiteres Thema dieser Ausgabe: Die Textilstrategie der EU-Kommission soll Klimaschutz und Nachhaltigkeit stärken und die Branche zugleich krisenfester machen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre.



ROBERT HABECK  
*Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz*

# WW

## WIRTSCHAFTSPOLITIK 10—29

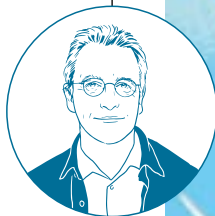
**EDITORIAL** 02

---

**KONJUNKTUR-  
SCHLAGLICHT** 06

---

**WÖRTLICHE REDE** 08  
*Bundesminister Habeck  
über europäische Solidarität*



**3 FRAGEN AN** 14  
*Stefan Wenzel,  
Parlamentarischer Staats-  
sekretär im BMWK*

---

**AUF EINEN BLICK** 16  
*Gasspeicher füllen sich*



**TELEGRAMM** 17

---





# 18

## NACHHALTIGE TEXTILIEN

Mit einer neuen EU-Strategie soll der grüne Wandel in der Textilindustrie gelingen

## BEST OF SOCIAL MEDIA

21



## KURZ & KNAPP

- Der Deutsche Gründerpreis feiert Jubiläum
- Satellitenprojekte zu 5G-Campusnetzen

22

23

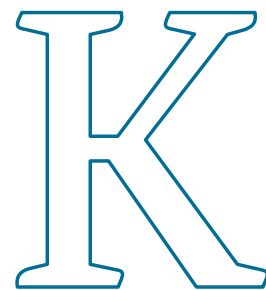


## DRAHTSEILAKT INFLATIONSRATE

Deutliche Unterschiede bei den Inflationsraten in der Eurozone fordern die EZB heraus

## TERMINE

29



## KONJUNKTUR

30—45

## DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM AUGUST 2022

32

## BIP-NOWCAST FÜR DAS 3. QUARTAL 2022

40

## LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZUM 3. QUARTAL 2022

42

## GRAFIKEN & TABELLEN

Den Zahlenteil mit Übersichten und Grafiken finden Sie in der Beilage

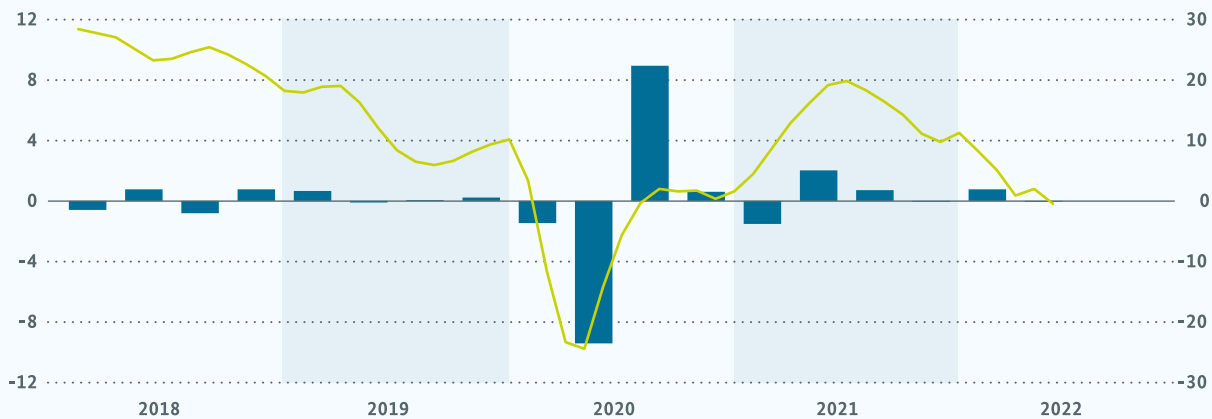
# #KONJUNKTURSCHLAGLICHT

## DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT ERWEIST SICH BISLANG – ANGESICHTS DES KRIEGES IN DER UKRAINE UND DER FOLGEN FÜR DIE ENERGIEPREISE – ALS WIDERSTANDSFÄHIG.



### GESAMTWIRTSCHAFT

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND ifo-GESCHÄFTSKLIMA\*



■ Bruttoinlandsprodukt (Quartale, linke Skala)  
— ifo-Geschäftsklima für die Gesamtwirtschaft (rechte Skala)

\* zentrierte gleitende Drei-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in % bzw. Salden bei ifo  
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBk), ifo-Institut

**DIE WIRTSCHAFTSLEISTUNG BLIEB IM ZWEITEN QUARTAL GEGENÜBER DEM VORQUARTAL UNVERÄNDERT.**  
Aufgrund reduzierter Gaslieferungen, anhaltender Lieferengpässe und vor allem der erhöhten Unsicherheit ist der Ausblick jedoch gedämpft.



### WELTWIRTSCHAFT

WELTINDUSTRIEPRODUKTION (CPB)

Monate, Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), Macrobond

**DIE WELTWIRTSCHAFT IST DABEI, DEN EXTERNEN SCHOCK DURCH DEN RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG IN DER UKRAINE ZU VERKRAFTEN.**

Die weltweite Industrieproduktion legte nach spürbaren Rückgängen wieder leicht zu. Stimmungsindikatoren sprechen für eine verhaltene Entwicklung in den kommenden Monaten.

LEGENDE

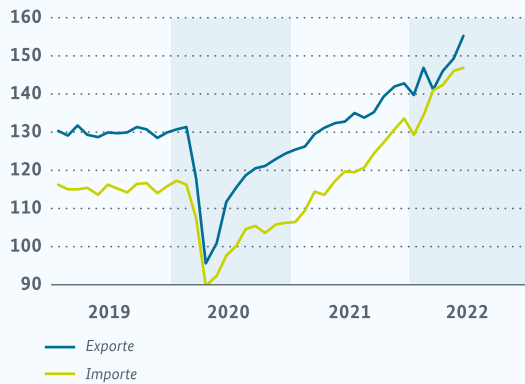
- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

➡ — **AUSSENWIRTSCHAFT**

**AUSSENHANDEL (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)**

Monate, in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Deutsche Bundesbank (BBk)

**DIE DEUTSCHEN EXPORTE LEGTEN IM JUNI KRÄFTIG ZU.** Demgegenüber stiegen die Importe nur leicht, wobei die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten und China spürbar zurückgingen. Nach den Exporterwartungen der Unternehmen ist der Ausblick auf die kommenden Monate verhalten.

➡ — **PRIVATER KONSUM**

**EINZELHANDEL OHNE KFZ**

Monate, Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

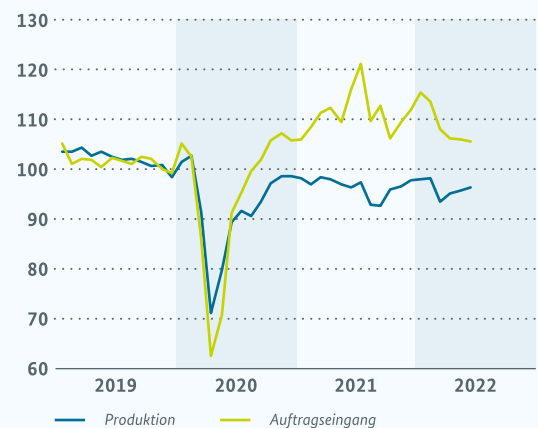
**DER UMSATZ IM EINZELHANDEL LEIDET UNTER DER HOHEN INFLATION.** Preisbereinigt kam es zum größten Rückgang seit 1994. Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Preissteigerungsraten setzte die Stimmung unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern ihre Talfahrt weiter fort.

➡ — **PRODUKTION**

**DIE INDUSTRIE HAT SICH WEITER VOM DÄMPFER DURCH DEN KRIEG ERHOLT.** Die Produktion und der Export legten zu. Die Nachfrage indes entwickelte sich bei abgekühltem Geschäftsklima schwach. Der Ausblick auf das zweite Halbjahr bleibt somit zurückhaltend.

**INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE**

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

➡ — **ARBEITSMARKT**

**TROTZ ERHÖHTER REGISTRIERTER ARBEITSLOSIGKEIT IM JULI** – aufgrund der Berücksichtigung Geflüchteter aus der Ukraine in der Grundsicherung – zeigt sich der Arbeitsmarkt weiter robust. Ein großes Risiko stellen allerdings die anhaltenden Lieferengpässe durch den reduzierten russischen Gasimport dar.

**ERWERBSTÄTIGE (INLAND)**

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

# WÖRTLICHE REDE

**„EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT IST IN DIESEN ZEITEN WICHTIGER DENN JE. WIR MÜSSEN ENGER ZUSAMMENARBEITEN, UM IN GAS-KRISENSITUATIONEN GEMEINSAM BESSER AGIEREN ZU KÖNNEN.“**

**ROBERT HABECK,**  
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz,  
zum EU-Paket „Save Gas for a Safe Winter“





12

WIND UNTER DIE FLÜGEL





## **WIRTSCHAFTSPOLITIK**

<b>DAS WIND-AN-LAND-GESETZ</b>	<b>12</b>
<b>3 FRAGEN AN: STEFAN WENZEL</b>	<b>14</b>
<b>AUF EINEN BLICK: FÜLLSTAND DEUTSCHER GASSPEICHER</b>	<b>16</b>
<b>TELEGRAMM</b>	<b>17</b>
<b>EU-STRATEGIE FÜR NACHHALTIGE TEXTILIEN</b>	<b>18</b>
<b>BEST OF SOCIAL MEDIA</b>	<b>21</b>
<b>KURZ &amp; KNAPP</b>	<b>22</b>
<b>INFLATIONS RATEN IM EURORAUM</b>	<b>24</b>
<b>TERMINE</b>	<b>29</b>

2%



# WIND UNTER DIE FLÜGEL

**MIT DEM WIND-AN-LAND-GESETZ SOLL DER WINDENERGIE-AUSBAU BESCHLEUNIGT WERDEN**

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung auf 80% zu erhöhen. Dabei spielt der Ausbau der Windenergienutzung an Land eine zentrale Rolle. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) legt dementsprechend deutlich angehobene Ausbaupfade für die Windenergie an Land fest. Vorgesehen sind Ausbauraten in Höhe von zehn Gigawatt (GW) pro Jahr. Bis 2030 sollen Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 115 GW, bis 2040 von insgesamt 160 GW installiert sein.

Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, müssen ausreichend Flächen für Windenergie an Land zur Verfügung stehen. Mittel- bis langfristig sind dafür 2% der Bundesfläche nötig. Derzeit sind circa 0,8% der Bundesfläche für Windenergie an Land ausgewiesen. Nur 0,5% sind jedoch tatsächlich auch zur Produktion von Windenergie verfügbar.

**AB 2023 SOLLEN VERBINDLICHE FLÄCHENZIELE FÜR DIE BUNDESLÄNDER GELTEN.**

BIS 2027

sollen 1,4% der Bundesfläche für Windenergieanlagen ausgewiesen sein.

## ERSTMALS VERBINDLICHE FLÄCHENZIELE FÜR BUNDESLÄNDER

Das Wind-an-Land-Gesetz, welches Anfang Juli vom Bundestag verabschiedet wurde und Anfang 2023 in Kraft treten soll, legt erstmals verbindliche Flächenziele für die Bundesländer fest. Demnach sollen bis 2027 insgesamt 1,4% und bis 2032 die erforderlichen 2% der Bundesfläche für Windenergieanlagen ausgewiesen sein. Die Flächenziele leiten sich von den EEG-Ausbauzielen ab. Die Fristen gewährleisten den notwendigen Vorlauf für die Genehmigung und den Bau der Windenergieanlagen. Dies dauert etwa drei bis vier Jahre. Wenn Anlagen ab dem Jahr 2030 Strom liefern sollen, müssen die Flächen also spätestens 2027 zur Verfügung stehen. —>

### IN KÜRZE

Das „Wind-an-Land-Gesetz“ gilt als ein wichtiger Meilenstein für den Ausbau der Windenergie in Deutschland.



**STEFAN WENZEL**  
PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR  
IM BMWK

### **WAS BREMST DEN AUSBAU DER WINDENERGIE AN LAND?**

*Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist inzwischen eine Frage der nationalen Sicherheit. Er ist entscheidend, um die Abhängigkeit von fossilen Importen zu reduzieren und die Klimaschutzziele zu erreichen. Der Ausbau der Windenergie an Land, der noch vor 10 bis 15 Jahren eine deutsche Erfolgsgeschichte war, ist zuletzt massiv ins Stocken geraten. Zentrale Herausforderungen sind vor allem fehlende Flächen und zu lange, zu komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren.*

### **WIE KANN DAS WIND-AN-LAND-GESETZ HIER ABHILFE SCHAFFEN?**

*Mit dem Gesetz legt der Bund erstmals verbindliche Flächenziele für die Länder fest, um ausreichend Flächenverfügbarkeit sicherzustellen. Gleichzeitig wird die Planung einfacher, schneller und rechtssicherer gestaltet. Das Gesetz ist Teil eines großen Legislativpaketes, das im Juli verabschiedet wurde und in dem weitere wichtige Maßnahmen verankert sind, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben. Dazu gehören vor allem die Novellen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) und des Bundesnaturschutzgesetzes.*

### **WELCHE ROLLE SPIELEN DIE BUNDESLÄNDER MIT BLICK AUF DIE FLÄCHENZIELE?**

*Die Planung und Ausweisung von Flächen für den Bau von Windenergieanlagen an Land ist Aufgabe der Länder beziehungsweise der nachgeordneten Planungsträger, also der regionalen Planungsverbände oder der Kommunen. Das Wind-an-Land-Gesetz gibt den Bundesländern zwar verbindliche Flächenziele vor, überlässt den Planungsträgern aber die Auswahl der konkreten Flächen. Die Zielverteilung lässt dabei ausreichend Raum für die notwendigen Abwägungsentscheidungen vor Ort.*

Das im Wind-an-Land-Gesetz enthaltene Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) legt für jedes Bundesland individuelle Flächenziele fest. Die Zielverteilung berücksichtigt dabei die unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort für den Ausbau der Windenergie an Land, stellt jedoch auch sicher, dass jedes Bundesland einen angemessenen Beitrag leistet.

Grundlage für den verwendeten Zielverteilungsschlüssel ist eine umfangreiche Flächenpotenzialstudie im Auftrag des BMWK (Link zur Studie: ► [www.bmwk.de/flaechenverfuegbarkeit](http://www.bmwk.de/flaechenverfuegbarkeit)). Im Ergebnis müssen alle Länder zwischen 1,8 % und 2,2 % der jeweiligen Landesflächen bis 2032 zur Verfügung stellen. Die Stadtstaaten sollen bis zu diesem Zeitpunkt 0,25 % ihrer Landesflächen ausweisen. Die Gesetzgebung ermöglicht es den Ländern auch, per Staatsvertrag einen Teil ihrer Flächenziele an andere Länder zu übertragen. Um die Ziele umzusetzen, können die Länder entweder selbst Flächen ausweisen oder die Ziele verbindlich auf die nachgeordneten Planungsebenen (regionale/kommunale Planungsträger) herunterbrechen. Bis zum 31. Mai 2024 müssen die Länder erste Umsetzungsschritte für die Bereitstellung der Flächen nachweisen. Ausgewiesene Windenergiegebiete

### **PLANUNGSVERFAHREN WERDEN VEREINFACHT, BESCHLEUNIGT UND RECHTSSICHERER.**





## DIE LÄNDERÖFFNUNGS- KLAUSEL WIRD NEU KONZIPIERT.

in Raumordnungsplänen (grundsätzlich nur Vorranggebiete) und Bauleitplänen werden auf die Flächenziele angerechnet. Flächen unterhalb von Einzelanlagen außerhalb ausgewiesener Flächen können ebenfalls berücksichtigt werden.

### NEUE SONDERREGELN IM BAUGESETZBUCH

Zur Integration der Flächenziele in das Planungsrecht werden neue Sonderregelungen für die Windenergie an Land im Baugesetzbuch (BauGB) geschaffen: Zum einen wird dort eine Rechtsfolgenregelung verankert. Werden die Flächenziele verfehlt, sind Windenergieanlagen demnach im gesamten Außenbereich privilegiert. Das heißt, die Anlagen sind dann auch außerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete zulässig. Setzt das Land insgesamt selbst die Flächenziele um, gilt dies im gesamten Landesgebiet. Hat das Land die Ziele heruntergebrochen, tritt die Privilegierung nur in der betroffenen Region oder Kommune ein.

Zum anderen wird die Planung von Windenergiegebieten vereinfacht. Die Vorgabe klarer gesetzlicher Flächenziele löst die bisherigen komplexen Vorgaben (sogenanntes Substanzgebot) und die daraus abgeleitete Planungsmethodik ab. Dadurch wird die Planung vereinfacht, beschleunigt und rechtssicherer gestaltet.

# 2%

der Bundesfläche sollen bis 2032 für Windenergie an Land ausgewiesen sein.

### WEITERHIN SPIELRÄUME FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Darüber hinaus wird die sogenannte Länderöffnungsklausel im BauGB für Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung mit den Flächenzielen verknüpft. Die Länderöffnungsklausel erlaubt es bislang den Bundesländern, Mindestabstände zur Wohnbebauung von bis zu 1.000 Metern festzulegen, in Bayern mit Blick auf eine frühere Regelung sogar noch mehr. Diese Länderöffnungsklausel wird nun neu konzipiert. Im Grundsatz dürfen die Bundesländer dabei weiter über Mindestabstände entscheiden, müssen aber sicherstellen, dass sie die Flächenziele erreichen und so ihren Beitrag zum Ausbau der Windenergie leisten. Tun sie das nicht, werden die landesspezifischen Abstandsregeln nicht angewandt. Zudem dürfen die Abstandsregelungen planerisch ausgewiesene Windenergiegebiete, die auf die Ziele angerechnet werden, nicht verkleinern. Diese Neukonzeption gibt den Ländern Spielraum bei der konkreten Ausgestaltung des Windenergieausbaus, nimmt sie aber für das gemeinsame Ziel in die Pflicht. —

### IN KÜRZE

Der Ausbau der Windenergie an Land ist entscheidend, um die Klimaziele zu erreichen.

#### KONTAKT

KATRIN HEER

Referat: Raumordnung, Flächen, Planung und Genehmigung Windenergie an Land

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

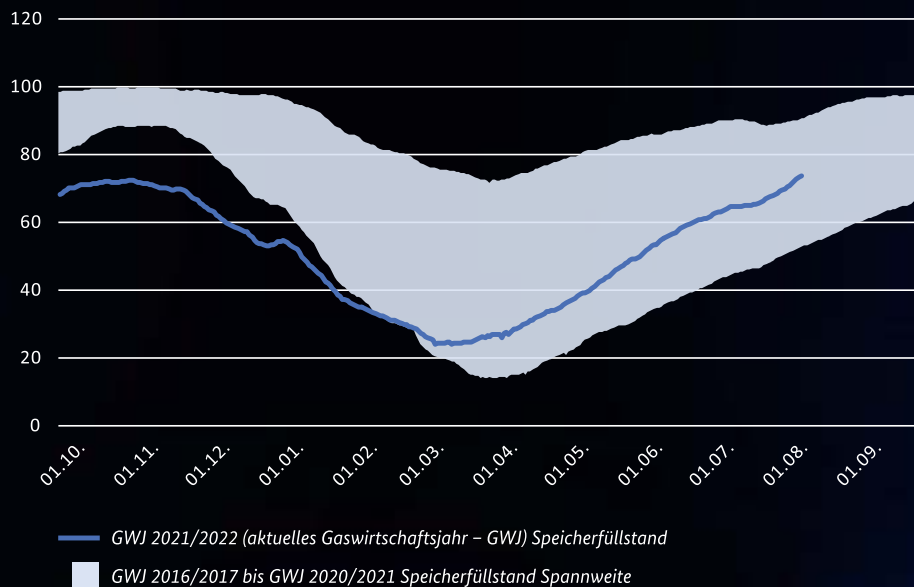


## AUF EINEN BLICK

# GASSPEICHER FÜLLEN SICH

TROTZ GEDROSSELTER LIEFERUNGEN KÖNNTE DER FÜLLSTAND BEREITS VOR DEM STICHTAG AM 1. NOVEMBER 95 % ERREICHEN.

FÜLLSTAND DER DEUTSCHEN GASSPEICHER IN %



Mit Ministerverordnung vom 29. Juli 2022 wurden auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes die Speichervorgaben für die deutschen Gasspeicher erhöht: Für den 1. September wurde ein Zwischenziel mit einem Füllstand von 75 % definiert. Bis zum 1. November müssen die Speicher zu 95 % gefüllt sein. Der aktuelle Verlauf des Füllstandes folgt der üblichen Entwicklung im Jahresverlauf. Mit 73,75 % am 9. August liegt der Füllstand im Rahmen der vergangenen fünf Jahre. Trotz reduzierter Liefermengen aus Russland stieg er zuletzt täglich um mehr als 0,5 Prozentpunkte. Bei entsprechender Weiterentwicklung könnten die neu festgelegten Speicherziele frühzeitig erreicht werden.

Quelle: Bundesnetzagentur, Stand: 09.08.2022





## FÖRDERUNG

## RECYCLING-PROJEKT FÜR BATTERIEN

**MIT MEHR ALS 16,6 MILLIONEN EURO FÖRdert** **DAS BMWK** die Entwicklung eines ganzheitlichen Recyclingansatzes für Lithium-Ionen-Batterien durch das Projekt LiBinfinity. Im Rahmen des Projektes, das von einem Konsortium um die Licular GmbH betrieben wird, wird eine Pilotanlage errichtet, die eine effiziente Kreislaufwirtschaft von Batteriematerialien ermöglichen soll. Die Förderung ist Teil des BMWK-Förderungsprogrammes für ein „Batterie-Ökosystem“. Mehr dazu unter  
 ► [www.bmwk.de/batterienrecycling](http://www.bmwk.de/batterienrecycling)

## SOFORTPROGRAMM

## KLIMASCHUTZ-MASSNAHMEN FÜR DEN GEBÄUDESEKTOR

**DAS BMWK UND DAS BUNDESMINISTERIUM FÜR WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND BAUWESEN (BMWSB)** haben der Bundesregierung einen Vorschlag für ein Sofortprogramm unterbreitet, mit dem der Gebäudesektor klimapolitisch auf Kurs gebracht werden kann. Damit sollen die nach dem Klimaschutzgesetz zulässigen Jahresemissionsmengen künftig eingehalten werden. Deutschland will so bis 2030 sein nächstes Klimaziel erreichen – die Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 65 % gegenüber 1990. Der gemeinsame Vorschlag ist abrufbar unter  
 ► [www.bmwk.de/gebaeudesofortprogramm](http://www.bmwk.de/gebaeudesofortprogramm)

## TAGE DER DIGITALEN TECHNOLOGIEN

## DAS BMWK LÄDT EIN

**AM 29. UND 30. AUGUST FINDEN DIE TAGE DER DIGITALEN TECHNOLOGIEN IM BCC BERLIN CONGRESS CENTER STATT, ZU DENEN DAS BMWK EINLÄDT.** Der zweitägige Kongress wird zum dritten Mal nach 2019 und 2020 herausragende Ergebnisse aus den Programmen des BMWK im Förderbereich „Entwicklung digitaler Technologien“ präsentieren. Rund 600 Akteure aus Wirtschaft, Forschung und Politik haben dort Gelegenheit, miteinander zu diskutieren, sich zu vernetzen und sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Weitere Informationen und Anmeldung unter  
 ► [www.bmwk.de/tddt-22](http://www.bmwk.de/tddt-22)

# TELEGRAMM



## WASSERSTOFF



## DIE EU GENEHMIGT VIER DEUTSCHE WASSERSTOFF-PROJEKTE



**DIE EU-KOMMISSION HAT DIE ERSTEN 41 PROJEKTE DES „IPCEI WASSERSTOFF“ BEIHILFERECHTLICH GENEHMIGT.** Sie gehören zur Technologiewelle, genannt „IPCEI Hy2Tech“, und drehen sich um Technologien zur Erzeugung, zum Transport und zum Einsatz von Wasserstoff. Mit dabei sind auch vier erste Projekte aus Deutschland, die nun staatlich gefördert werden dürfen. Weitere deutsche Projekte befinden sich noch im Genehmigungsverfahren. Mehr zum IPCEI (Important Project of Common European Interest) Wasserstoff unter  
 ► [www.bmwk.de/wasserstoffmarkt](http://www.bmwk.de/wasserstoffmarkt)



## START-UP-STRATEGIE

## CHANCEN FÜR JUNGE UNTERNEHMEN

**AM 27. JULI HAT DAS BUNDESKABINETT DIE ERSTE UMFASSENDE START-UP-STRATEGIE BESCHLOSSEN.** Sie enthält einen konkreten Fahrplan, um die Start-up-Ökosysteme in Deutschland und Europa zu stärken. Die Bundesregierung bündelt darin Maßnahmen in zehn Handlungsfeldern. An der Erstellung waren viele Akteure mit ihren Perspektiven und Erfahrungen beteiligt. Mehr zur Start-up-Strategie unter  
 ► [www.bmwk.de/start-up-strategie](http://www.bmwk.de/start-up-strategie)



# NACHHALTIGE TEXTILIEN

## MIT EINER NEUEN EU-STRATEGIE SOLL DER GRÜNE WANDEL IN DER TEXTILINDUSTRIE GELINGEN

**A**m 30. März 2022 hat die EU-Kommission ihre „Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien“ veröffentlicht. Mit einem ambitionierten Instrumentenkasten gibt die Kommission nun einen Rahmen und eine Vision für einen nachhaltigen und zirkulär wirtschaftenden Textilsektor vor, in dem die Produkte so konzipiert werden, dass sie langlebiger, besser wiederverwendbar und reparierbar, recyclingfähiger und energieeffizienter sind.

### DIE EU-TEXTILSTRATEGIE IST TEIL DES GREEN DEAL

Die Textilstrategie ist als Bestandteil des EU-Aktionsplans Kreislaufwirtschaft zugleich Teil des European Green Deal – des Konzept, mit welchem die Europäische Union bis 2050 die Klimaneutralität erreichen will. In diesem Rahmen wurde die Textilbranche als ressourcenintensiver Sektor identifiziert, der gezielte Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit und Kreislauffähigkeit erfordert. Bereits die aktualisierte EU-Industriestrategie 2021 hat Textilien als wichtige Produktwertschöpfungskette mit

dringendem Bedarf und auch Potenzial für den Übergang zu nachhaltigen und kreislauffähigen Produktions-, Verbrauchs- und Geschäftsmodellen konkret adressiert.

### WAS UMFASST DIE TEXTILSTRATEGIE?

Das textile Ökosystem gehört zu den am stärksten globalisierten Wertschöpfungsketten, die es heute gibt. In der EU besteht dieses Ökosystem fast ausschließlich aus kleinen und mittleren Unternehmen. Um diese Ziele zu erreichen, verweist die EU-Textilstrategie auf eine Vielzahl an horizontalen und sektoralen Rechtsakten. Sie nimmt dabei insbesondere die negativen Auswirkungen der sogenannten „Fast Fashion“ in den Fokus. Dabei handelt es sich um ein Geschäftsmodell der Bekleidungsindustrie, bei welchem jährlich eine Vielzahl an Kollektionen schnell produziert und zu niedrigen Preisen verkauft wird. Aufgrund der geringen Qualität gehen die „Klamotten“ jedoch schnell kaputt oder versauern im Schrank. Das ist nicht nur schlecht für Umwelt und Klima, sondern auch für Arbeiterinnen und Arbeiter in den Produktionsstätten. Diese Probleme sollen unter anderem mit der Textilstrategie angegangen werden. Daneben werden weitere Teilsektoren, wie etwa technische Textilien, die im Baubereich, dem Automobilsektor, der Luftfahrt oder der Medizin Einsatz finden, in die Strategie einbezogen. Auch Lederwaren und Schuhe sind von der EU-Textilstrategie erfasst. →

### IN KÜRZE

Die Textilstrategie ist Teil des EU-Aktionsplans Kreislaufwirtschaft und des European Green Deal.

BIS

# 2050

will die EU klimaneutral werden. Auch die Textilbranche braucht dafür neue Strategien.

## STRATEGIE SOLL SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE ZIELE FÖRDERN

Ein weiteres übergeordnetes Ziel der Strategie ist die nachhaltige Erholung der Textilindustrie von der Corona-Krise. Die Schließung des stationären Einzelhandels hat hier insbesondere die Modeindustrie schwer getroffen. Die EU-Textilstrategie soll die Erholung stützen durch die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Unternehmen, die Anwendung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf Produktion, Produkte, Verbrauch, Abfallbewirtschaftung und Sekundärrohstoffe sowie gezielte Investitionen, Forschung und Innovation in diesem mittelständisch geprägten Sektor. Bis 2030 sollen die in der EU auf den Markt gebrachten Textilerzeugnisse zudem so hergestellt werden, dass soziale Rechte und Umweltschutz gewahrt sind. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher länger von qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Textilien profitieren, sollen wirtschaftlich rentable Wiederverwendungs- und Reparaturdienste bis dahin breiter zur Verfügung stehen. Dazu ist es nötig, dass die Hersteller die Verantwortung für ihre Produkte entlang der gesamten Wertschöpfungskette – auch wenn sie zu Abfall werden – übernehmen.



## UMWELTBELASTUNGEN ÜBER DEN LEBENSZYKLUS MINDERN

Zur Erreichung der ambitionierten Ziele werden Textilien unter anderem zu den ersten Produktgruppen gehören, die von der EU Sustainable Products Initiative betroffen sein werden. Im Rahmen dieser Initiative wird die Ökodesign-Richtlinie überarbeitet. Ökodesign ist ein systematischer und umfassender Gestaltungsansatz, um durch verbessertes Produktdesign Umweltbelastungen über den gesamten Lebenszyklus zu mindern. Diese Vorgaben galten bisher lediglich für energieverbrauchsrelevante Produkte und sollen nun auf möglichst alle

Produktgruppen ausgeweitet werden. Ökodesign-Anforderungen sollen bis 2030 eine bessere Haltbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Reparierbarkeit, Faser-zu-Faser-Recyclingfähigkeit und einen höheren Anteil an recycelten Fasern sicherstellen. Um die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima zu begrenzen, soll in der Produktion weniger an besorgniserregenden Stoffen eingesetzt werden. Bei der Umsetzung und dem Monitoring unterstützen soll hier ein sogenannter Digitaler Produktpass, der auch für den Textilsektor entwickelt wird. Erste Forschungsprojekte aus der Industrie sowie im Auftrag der Bundesregierung zeigen hier vielfältige Möglichkeiten auf.

### IN KÜRZE

Für mehr Nachhaltigkeit nimmt die Strategie die negativen Auswirkungen von „Fast Fashion“ in den Fokus.

## ÖKODESIGN-ANFORDERUNGEN SOLLTEN DIE HALTBARKEIT UND RECYCLINGFÄHIGKEIT VERBESSERN.

### EIN TRANSITION PATHWAY WEIST DEN WEG

Neben dem Ökodesign liegt ein weiterer Fokus der EU-Textilstrategie auf konkreten industriepolitischen Maßnahmen, um die europäische Textilindustrie resilienter, nachhaltiger und digitaler zu machen. Hierfür entwickelt die Europäische Kommission gemeinsam mit dem BMWK als Co-Kurator sowie weiteren Stakeholdern einen Transformations-

mationspfad – einen Transition Pathway – für das Ökosystem Textil. Dieser zielt darauf ab, gemeinsam mit den Akteuren zu ermitteln, was der digitale und grüne Wandel sowie die Forderung nach mehr Resilienz für den Textilsektor bedeuten und welche Maßnahmen erforderlich sind, um diesen Übergang zu begleiten. Ein wesentlicher Aspekt wird dabei der Aufbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten bei Arbeiterinnen und Arbeitern sein, die den Wandel des Sektors in den Produktionsstätten ganz konkret umsetzen.

Für den mittelständisch geprägten Textilsektor setzen sich die Europäische Kommission und die Bundesregierung dafür ein, eine bessere Sichtbarkeit der Branche als attraktiver und innovativer Arbeitgeber zu schaffen. Für mehr Innovation in der Branche ist auch die Anpassung der Finanzierungsmechanismen notwendig, etwa bezüglich konkreter Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Die kleinteilige Marktstruktur erschwert es den Unternehmen der Textilindustrie teilweise, sich auf bestehende Förderprogramme zu bewerben. Auch das soll im Rahmen des Transformationspfades mithilfe der noch zu entwickelnden, konkreten Ansätze adressiert werden.

Insgesamt sollen mit der EU-Textilstrategie sowie dem Transformationspfad für das Ökosystem Textil konkrete Maßnahmen für den gesamten Lebenszyklus von Textilerzeugnissen vorgeschlagen werden. Dabei wird dem Sektor zugleich die notwendige Unterstützung beim ökologischen und digitalen Wandel und hin zu mehr Resilienz angeboten. Das textile Ökosystem kann und wird so verstärkt nachhaltige technologische Lösungen und innovative Geschäftsmodelle umsetzen können, wodurch sowohl die sich ändernden Anforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher adressiert werden als auch der Umwelt- und Klimaschutz noch weiter in den Fokus von Produktions- und Vertriebsprozessen rückt. —

#### MEHR ZUM THEMA

Weiterführende Informationen der Europäischen Kommission: ► [www.t1p.de/textilien-strategie](http://www.t1p.de/textilien-strategie)

#### KONTAKT

ANNIKA STÖHR

Referat: Konsumgüterindustrie

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

## BEST OF SOCIAL MEDIA

### AUF TWITTER



**#ENERGIESICHERUNGSGESETZ**  
Bundesminister Habeck erklärt, wie die Novelle des Energiesicherungsgesetzes die Versorgungssicherheit stärkt.

### AUF INSTAGRAM



**#ENERGIEWENDE**  
Im Energiepark Bad Lauchstädt entsteht eine Wertschöpfungskette aus Windpark, Wasserstoffumwandlung, Speicherung und Nutzung.

### AUF LINKEDIN



**#UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN**  
Die Start-up-Strategie der Bundesregierung soll Deutschland zum führenden Start-up-Standort Europas machen.

# KURZ & KNAPP

## DER DEUTSCHE GRÜNDERPREIS FEIERT JUBILÄUM

**DIE AUSZEICHNUNG FÜR START-UPS UND JUNGE  
UNTERNEHMEN WIRD ZUM 20. MAL VERGEBEN**

Unternehmensgründungen sind zentral für den Erhalt und die innovative Fortentwicklung unserer Wirtschaftsstruktur, insbesondere mit Blick auf die Transformation hin zur Klimaneutralität. Deutschland braucht deshalb neben Start-ups mehr Neu- und Nachfolgegründungen, unter anderem im Handwerk und im Gewerbe. Der Deutsche Gründerpreis macht die Vielfalt an Gründungen öffentlich und leistet einen wichtigen Beitrag, um die Neugierde auf Gründungen schon bei Schülerinnen und Schülern zu wecken – denn sie sind die „Macher von morgen“. Er wird durch das Wochenmagazin stern, die Sparkassen, das ZDF und die Porsche AG verliehen.

In diesem Jahr feiert der Deutsche Gründerpreis sein 20. Jubiläum. Die Preisverleihung findet am 13. September 2022 in Berlin statt. Der Preis ist die bedeutendste Auszeichnung in Deutschland für Start-ups und junge Unternehmen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützt den Deutschen Gründerpreis finanziell und durch seine Teilnahme in den Bewertungsgremien.

Die Preisträgerinnen und Preisträger treiben Digitalisierung, Klimaschutz und soziale Themen im Sinne eines lebendigen und zukunftsfähigen Mittelstandes weiter voran. Sie zeigen Innovationsfreude, Unbefangenheit und Flexibilität und besetzen Zukunftsthemen, die ganze Branchen revolutionieren können.

### IM FINALE 2022

#### Kategorie Start-up



Additive Drives GmbH



Aleph Alpha GmbH



traceless materials GmbH

#### Kategorie Aufsteiger



Appinio GmbH



osapiens Services GmbH



Schüttflix GmbH

Auch die nächste Gründer-Generation braucht viele kreative und mutige Gründerinnen und Gründer. Dafür sorgt der Deutsche Gründerpreis für Schülerinnen und Schüler – das größte Existenzgründungsplanspiel für Jugendliche ab Klasse 9. Bundesweit nahmen rund 3.500 Schülerinnen und Schüler in 844 Teams an der Spielrunde 2022 teil. Eine besonders überzeugende Geschäftsidee hat dabei das Team VoltVoyage von der Internatsschule Schloss Hansenberg in Geisenheim eingereicht. Die sechs Jugendlichen entwickelten ein Konzept für ein vereinfachtes und klimafreundliches Laden von E-Bikes. Dafür wurden sie mit dem ersten Platz ausgezeichnet. VoltVoyage fährt zur Verleihung des Deutschen Gründerpreises in das ZDF-Hauptstadtstudio nach Berlin und wird von Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, in der Kategorie Schüler ausgezeichnet. —

### MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen zum Deutschen Gründerpreis finden Sie hier:

- ▶ [www.dgp-schueler.de](http://www.dgp-schueler.de)
- ▶ [www.deutscher-gruenderpreis.de](http://www.deutscher-gruenderpreis.de)

#### KONTAKT:

ANNA BORK  
Referat: Unternehmensgründung,  
Finanzierungs- und Förderberatung

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

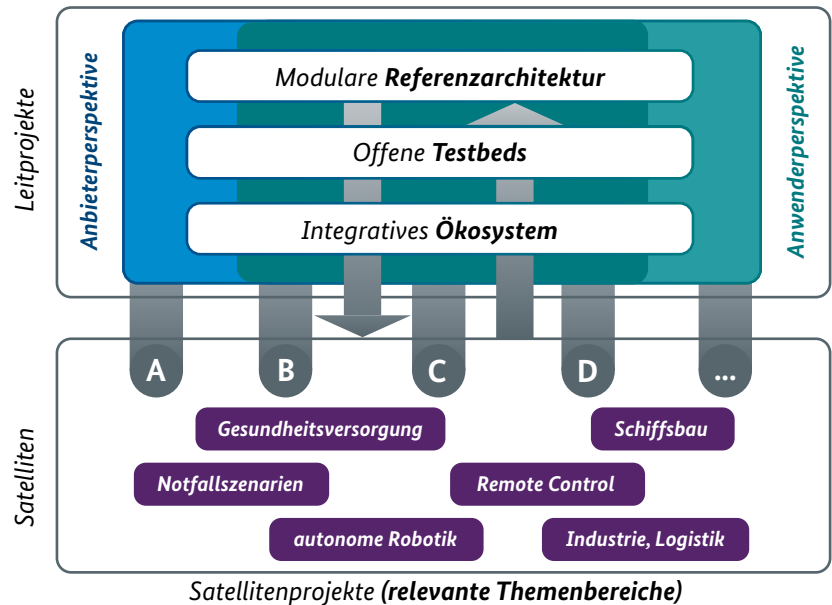
# SATELLITENPROJEKTE ZU 5G-CAMPUSNETZEN

PROJEKTENTWICKLUNG VON PRIVATEN MOBILFUNKNETZEN  
FÜR VERSCHIEDENE EINSATZGEBIETE GESTARTET

Neue Möglichkeiten der drahtlosen Vernetzung können sogenannte 5G- und künftig auch 6G-Mobilfunktechnologien eröffnen – etwa für die Verbindung von Maschinen. Niedrige Reaktionszeiten, Übertragung selbst großer Datenmengen nahezu in Echtzeit sowie hohe Zuverlässigkeit bilden die Basis für neue Anwendungen und Dienste. Vielversprechende Chancen für Anbieter und Anwender liegen insbesondere in der Ausrüstung und dem Betrieb privater 5G-Mobilfunknetze, sogenannter Campusnetze. Diese ermöglichen es Anwendern, die Hoheit über die eigene Mobilkommunikation und die eigenen Daten zu bewahren. Gleichzeitig bieten sie mehr Freiraum, um spezifische Anforderungen berücksichtigen zu können.

Genau hier setzt das Technologieprogramm 5G-Campusnetze des BMWK an, zu dem ein Leitprojekt und sechs sogenannte Satellitenprojekte gehören. In verschiedenen Anwendungsfeldern werden Methoden und Werkzeuge für die Errichtung von 5G-Campusnetzen anhand branchenspezifischer Anforderungen entwickelt und erprobt. In einem Projekt im medizinischen Bereich (KliNet5G) sollen beispielsweise Vital-Parameter von stationären Patienten kontinuierlich überwacht werden, wobei die Datenübertragung kabellos, verlässlich und verzögerungsfrei erfolgen muss. Im Katastrophenfall gilt es, die Kommunikation zwischen Einsatzkräften aufrechtzuerhalten und Einsatzorte zu koordinieren. Zum Einsatz kommen im entsprechenden Projekt (O5G-N-IoT) daher insbesondere 5G-Campusnetze, die temporär an unterschiedlichen Standorten eingerichtet werden können. Mit schwie-

## CAMPUSOS PROJEKTSTRUKTUR



Quelle: DLR Projektträger

rigen Einsatzbedingungen von Funktechnik bei 5G-Campusnetzen aufgrund metallischer Umgebungen befasst sich ein Projekt im Schiffsbau (MAVERIC). In Projekten im Kontext von Industrie 4.0 (CampusDynA, 5G++FlexiCell, TICCTEC) geht es um die funkbasierte, dynamische, echtzeitfähige Vernetzung von Maschinen und Anlagen, um Verkabelungsaufwand zu reduzieren und die Flexibilität in der Produktion zu steigern.

Ein zentrales Ziel des Technologieprogramms 5G-Campusnetze besteht in der Schaffung eines Ökosystems auf deutscher und europäischer Ebene. Das Ökosystem soll Referenzarchitekturen – quasi Muster – für die Gestaltung von Campusnetzen in den jeweiligen Anwendungsdomänen bieten. Darüber hinaus soll ein Baukasten mit Hard- und Softwaremodulen,

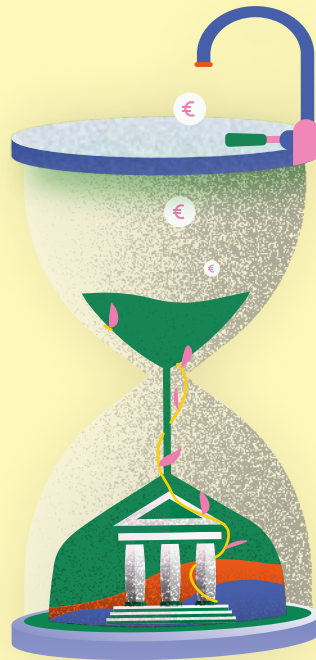
die offen und aufeinander abgestimmt (interoperabel) sind, eine schnelle und kostengünstige Implementierung von Campusnetzen erleichtern. Das bereits im Januar 2022 gestartete Leitprojekt CampusOS soll als koordinierende Instanz die Weiterentwicklung von Referenzarchitekturen und des Baukastenmodells verantworten und dazu spezifische Anforderungen aus den Satellitenprojekten aufnehmen. —

### MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen unter  
▶ [www.digitale-technologien.de](http://www.digitale-technologien.de)

Referat: Entwicklung digitaler  
Technologien

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)





# DRAHTSEILAKT INFLATIONSRATE

**DEUTLICHE UNTERSCHIEDE BEI DEN  
INFLATIONS RATEN IN DER EUROZONE FORDERN  
DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK HERAUS**

Die Inflation, also der Auftrieb des allgemeinen Preisniveaus, ist so hoch wie lange nicht mehr (gemessen mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex [HVPI]). Nicht nur in Deutschland, wo die Inflation seit Jahresbeginn durchschnittlich 7,2 % betrug, sondern auch in Frankreich kletterten die Preise im selben Zeitraum um durchschnittlich 5,1 %, in Italien um 6,7 % und in Spanien um 8,4 %. In den baltischen Staaten lag die Inflation dieses Jahr bisher sogar bei durchschnittlich 15,2 %. Die Inflationsraten der einzelnen Euroländer bewegen sich also alle auf einem hohen Niveau, fallen dennoch aber höchst unterschiedlich aus: Hinter der letzten Inflationsrate von 8,6 % in der Eurozone insgesamt steht eine Spannweite von 15,9 Prozentpunkten (Abbildung 1). So weit lagen die Inflationsraten der Euroländer seit Einführung des Euro noch nie auseinander.

## **ENERGIE UND LEBENSMITTEL SIND DIE GRÖSSTEN PREISTREIBER**

Größter Treiber der Inflation sind bereits seit April 2021 die steigenden Preise für Energie, anfangs vor allem für Öl und Benzin, jetzt auch für Gas und Strom sowie für dessen Erzeugung. Sie sind für etwas mehr als die Hälfte des gesamten Preisauf-

BEI **15,9**

Prozentpunkten liegt die Spannweite der  
Inflationsraten in der Eurozone aktuell.

triebes verantwortlich (Abbildung 2). Im Jahr 2020 hatten hingegen noch verhältnismäßig günstige Energiepreise dafür gesorgt, dass die Gesamtinflation im Ergebnis niedrig blieb.

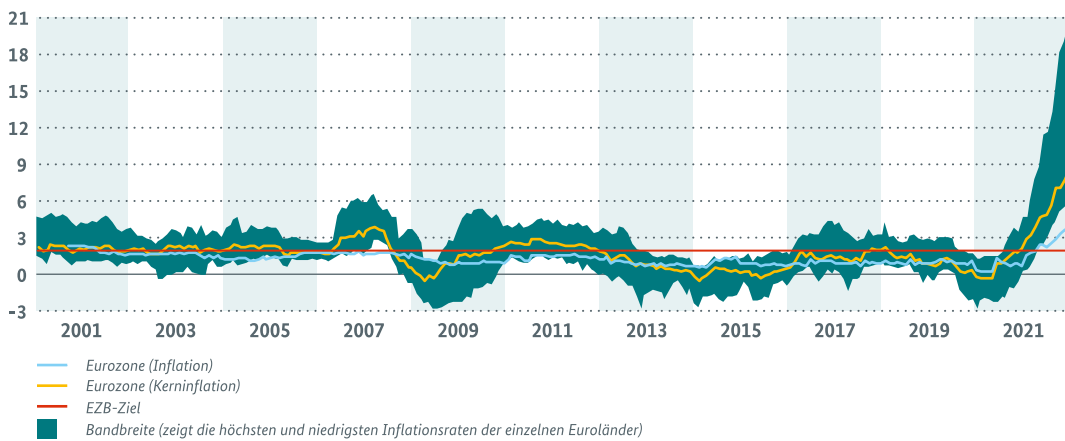
In der Eurozone stiegen seit Jahresbeginn die Energiepreise um durchschnittlich 37 %. Der russische Angriff auf die Ukraine im Frühjahr dieses Jahres und die darauffolgenden Verwerfungen auf den Energiemärkten haben den Preisauftrieb allerdings noch einmal deutlich verstärkt. Den seit Anfang des Jahres durchschnittlich größten Preisauftrieb bei der Energie gab es in den Niederlanden mit 70 %, gefolgt von Belgien mit 65 % und Estland mit 59 % höheren Preisen im Vergleich zum —>

## **IN KÜRZE**

Seit Einführung des Euro lagen die Inflationsraten der Euroländer noch nie so weit auseinander.

**ABBILDUNG 1: INFLATION IN DER EUROZONE**

in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)



Quellen: Eurostat, Macrobond

Vorjahr (Abbildung 3). In Deutschland stiegen die Energiepreise im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 32 %.

Auch die Lebensmittelpreise stiegen seit Jahresbeginn kräftig. Ein Grund dafür ist auch hier der Krieg in der Ukraine, welcher wegen der stockenden Ausfuhren eines der weltweit größten Weizenexporteure insbesondere die Weizenpreise stark steigen lässt. Vor allem aber machen teurere Kraftstoffe auch den Transport der Lebensmittel teurer. In der Eurozone stiegen die Lebensmittelpreise seit Jahresbeginn um durchschnittlich 6 % (Abbildung 3). Das Baltikum sowie die Slowakei verzeichnen hier den größten Auftrieb mit Inflationsraten von 11 % bis 16 %. In Deutschland wuchsen die Lebensmittelpreise im gleichen Zeitraum um 7 %.

**AUCH DIE KERNINFLATION IST DEUTLICH ANGESTIEGEN**

Allerdings sind Energie und Lebensmittel zwei Bereiche, welche üblicherweise ohnehin stärker schwankenden Preisen unterworfen sind. Ökonomen und Ökonomen betrachten deshalb ergänzend die sogenannte Kerninflation. Diese Methode zur Inflationsmessung berücksichtigt die Preise für Energie und Lebensmittel nicht und blendet damit rund ein Viertel des „Warenkorbes“ aus, der beim Messen der Inflationsrate sonst zugrunde gelegt wird. Die Kerninflation liefert so einen besseren Eindruck dazu, wie breit der gegenwärtige Preisauftrieb ist. Hier zeigen die Daten klar, dass auch die Kerninflation sich beschleunigt hat und der Preisauftrieb sich im Warenkorb ausbreitet. In der Eurozone lag sie seit Jahresbeginn durchschnittlich bei 3,2 %. Während Deutschland genau im Eurozonen-Mittel liegt, sind das Baltikum, Slowenien und Malta mit Raten zwischen 5 % und 9 % die Euroländer mit den höchsten Kerninflationen.

**VOLKSWIRTSCHAFTLICHE UNTERSCHIEDE BEDINGEN BREITES INFLATIONSSPEKTRUM**

Hinter dem breiten Spektrum der Inflation steht die Tatsache, dass die Eurozone aus 19 zum Teil sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften besteht. Ein wesentlicher Faktor für die Höhe der Inflation in den einzelnen Euroländern in der aktuellen Inflationsepisode ist, woher die Länder ihre Energie beziehen. Vor Kriegsausbruch importierte die Eurozone insgesamt knapp 24 % ihrer Energie aus Russ-

**IN KÜRZE**

In der Eurozone lag die Kerninflation seit Jahresbeginn durchschnittlich bei 3,2 %.

UM **32 %**

sind die Energiepreise seit Jahresbeginn in Deutschland gestiegen. In den Niederlanden waren es 70 %.

land. Dabei kamen 38 % der Gasimporte, 34 % der Ölimporte und 25 % der Kohleimporte aus Russland (für alle Energieimporte gilt das Referenzjahr 2020. Datenquelle ist das Russian Energy Dependency Tool von Eurostat, welches teilweise nicht vollständige Daten schätzt). Die Abweichungen der einzelnen Euroländer von diesen Durchschnitts prägten das Spektrum der Inflation, wie auch Abbildung 3 verdeutlicht. Estland bestritt seinen Energieverbrauch mehrheitlich mit Kohle; scheinbar geringe 8 % der Energie stammten aus Gas, davon wurden aber 86 % aus Russland importiert. Deutschland bezog 31 % seiner Energie aus Russland, dabei kamen 59 % der Gasimporte, 35 % des Öls und 21 % der Kohle aus Russland. Frankreich bezog dagegen nur 8 % seiner Energie aus Russland, dabei kamen 20 % der Gasimporte, 16 % des Öls und 30 % der Kohle aus Russland. Es zeigt sich also: Je höher der Anteil an Importen von Energie und Energieträgern aus Russland, desto höher ist tendenziell auch die Energiepreis-inflation.

Darüber hinaus haben die Inflationsunterschiede auch damit zu tun, wie die gestiegenen Energiepreise an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weitergegeben werden. Das ist wiederum abhängig vom Grad der Regulierung und von den Marktstrukturen, aber auch davon, wie energieintensiv Wirtschaft und Logistik organisiert sind. Auch jenseits der Energie spielen andere Inflationstreiber eine unterschiedlich stark ausgeprägte Rolle: Für ein stark vom Tourismus abhängiges Land spielen

immer noch vorhandene Lieferkettenengpässe bei Computerchips zum Beispiel eine geringere Rolle als für eine Volkswirtschaft, die diese dringend für ihre Industrie benötigt. Schließlich kommen die unterschiedlichen Bedarfe der Arbeitsmärkte hinzu, die dafür sorgen, dass der Fachkräftemangel – und damit verbunden steigende Personalkosten – von Land zu Land unterschiedlich stark auf die Preise durchschlagen.

**19 EUROLÄNDER, EINE ZENTRALBANK**

Die derzeitige Inflation ist eine noch nie da gewesene Herausforderung für die Eurozone. Denn es klettern nicht nur die Preise, sondern auch die Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf ist hoch. Dass die Preise von Euroland zu Euroland unterschiedlich stark steigen, zeigt sich in dem breiten Spektrum der Inflationsraten innerhalb der Eurozone – dieses war noch nie so breit wie heute. Gleichzeitig handelt es sich bei der Inflation derzeit zu großen Teilen um „importierte Inflation“, also um Preissteigerungen, die ihren Ursprung im Ausland haben. Damit ist die Situation vor allem für die Europäische Zentralbank (EZB) kompliziert: Die Notenbank muss für alle 19 Euroländer →

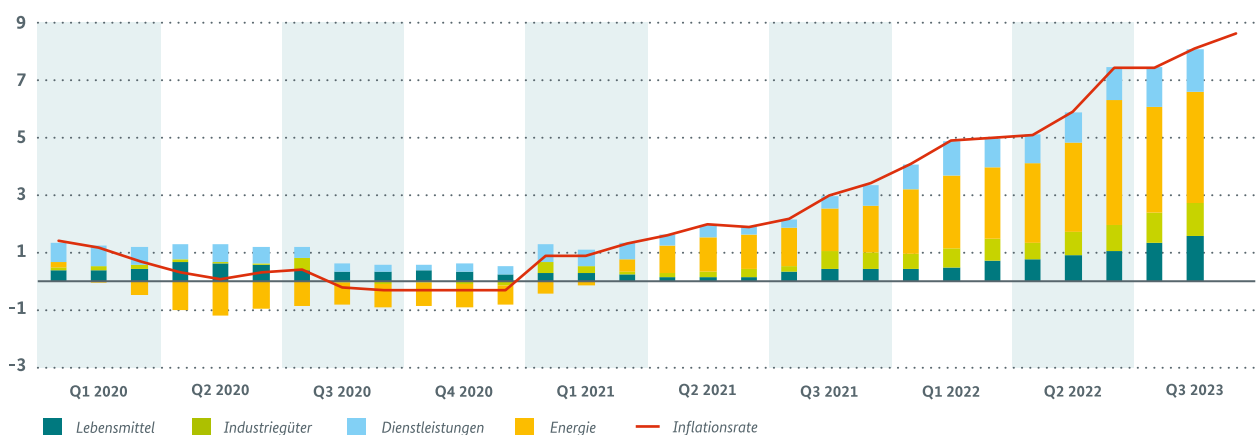
**IN KÜRZE**

*Je höher der Anteil an Energieimporten aus Russland, desto höher ist tendenziell auch die Energiepreis-inflation.*

**DIE AKTUELLE INFLATION IST EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE EUROZONE.**

**ABBILDUNG 2: BEITRÄGE ZUR INFLATION**

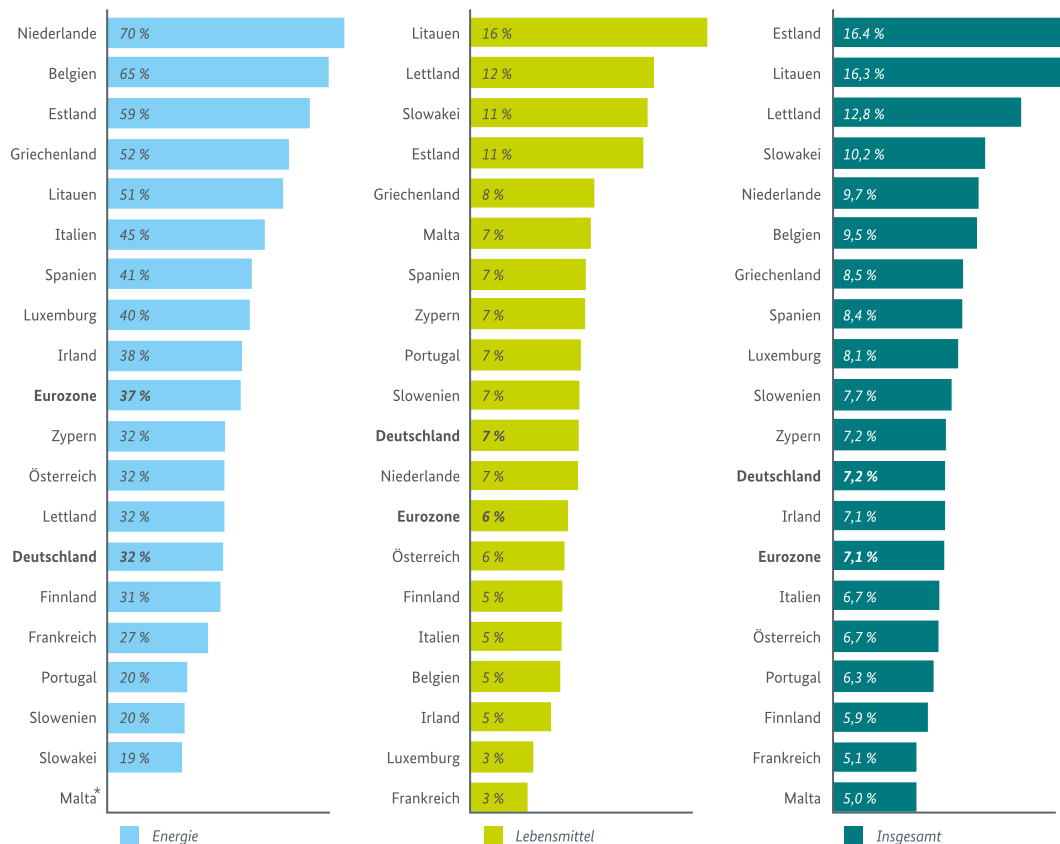
in % der Gesamtinflation



Quellen: Eurostat, Macrobond

**ABBILDUNG 3: INFLATION IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN UND INSGESAMT**

in % ggü. Vorjahr, durchschnittliche Werte seit Jahresbeginn



Quelle: Eurostat

\*Eurostat berichtet seit Juli letzten Jahres keine Energiepreisinflationsdaten für Malta mehr

**IN KÜRZE**

*Ziel der EZB ist es, die Inflationsrate bei 2 % zu stabilisieren.*

eine Geldpolitik machen (ab 2023 sind es mit Kroatien als neuem Euroland sogar 20 Länder). Das Ziel der EZB ist dabei, dass sich die Inflationsrate bei 2 % stabilisiert. Dabei ist ihr wichtigstes geldpolitisches Instrument im Kampf gegen die Inflation der Leitzins. Erhöht die EZB diesen, verteuert sich der Kredit für Haushalte, Unternehmen und Staaten, sodass in einem komplexen, langwierigen Transmissionsprozess die Geldmenge abnimmt und sich damit die Inflation zurückzieht.

Dabei gilt aber: Zwar mag die Geldpolitik im Durchschnitt weiter angemessen sein, aber je breiter das Spektrum der Inflationsraten um die durchschnittliche Eurozonen-Inflationsrate ist, umso eher kann die Zinspolitik der EZB für einige Euroländer zu expansiv, für andere hingegen zu restriktiv sein. In einigen Euroländern könnten sehr hohe Inflationsraten schnellere und/oder stärkere Zinserhöhungen verlangen, während dies in Ländern mit geringerem Inflationsdruck die Konjunktur zu sehr dämpfen könnte.

Vor diesem Hintergrund erwarten Wirtschaft und Finanzmärkte mit Spannung die nächsten Entscheidungen der EZB. Aber auch Fiskal- und Lohnpolitik sind – gemeinsam mit der Geldpolitik – gefordert, Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen eine verlässliche Grundlage für ihre wirtschaftlichen Entscheidungen zu geben. Die konzertierte Aktion der Bundesregierung zusammen mit den Sozialpartnern greift diese Herausforderung auf.

**KONTAKT**

DR. WOLF-FABIAN HUNGERLAND  
Referat: Europäische Wirtschafts- und Währungsfragen

[schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)

# TERMINE

**9** SEPTEMBER  
2022

**01./02.09.2022**

Informelles Treffen der Kohäsionsministerinnen und -minister (Prag)

**06.09.2022**

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)

**06./07.09.2022**

Informelles Treffen der Gesundheitsministerinnen und -minister (Prag)

**07.09.2022**

Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)

**09./10.09.2022**

Informeller ECOFIN (Prag)

**13.09.2022**

Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage

**29.09.2022**

WBF-Rat (Binnenmarkt, Industrie)

**10** OKTOBER  
2022

**03./04.10.2022**

Eurogruppe/ECOFIN

**06.10.2022**

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)

**07.10.2022**

Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)

**14.10.2022**

Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage

**20./21.10.2022**

Europäischer Rat

**24.10.2022**

Umweltrat

**25.10.2022**

Energierat

**11** NOVEMBER  
2022

**04.11.2022**

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)

**07.11.2022**

Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)

**07./08.11.2022**

Eurogruppe/ECOFIN

**11.11.2022**

ECOFIN (Haushalt)

**14.11.2022**

Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage

**22.11.2022**

Kohäsionsrat

**25.11.2022**

Handelsrat

## DIE „SCHLAGLICHTER“ ALS ABONNEMENT



Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ist als elektronischer Newsletter verfügbar. Für ein Abonnement können Sie sich unter folgender Adresse registrieren ► [www.bmwk.de/abo-service](http://www.bmwk.de/abo-service)

Darüber hinaus stehen die Ausgaben des Monatsberichts sowie einzelne Beiträge aus älteren Ausgaben

auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter folgender Adresse zur Verfügung ► [www.bmwk.de/schlaglichter](http://www.bmwk.de/schlaglichter)

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu den „Schlaglichtern“ bzw. einzelnen Artikeln? Dann wenden Sie sich gern an ► [schlaglichter@bmwk.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwk.bund.de)





*KONJUNKTUR*

*DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE*  
*BIP-NOWCAST*  
*WELTWIRTSCHAFT*

*32*  
*40*  
*42*

# DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM AUGUST 2022<sup>1</sup>

## IN KÜRZE

**DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT HAT SICH IM ERSTEN HALBJAHR ALS WIDERSTANDSFÄHIG ERWIESEN.** Trotz Krieg in der Ukraine und der in dessen Folge drastisch gestiegenen Energiepreise blieb die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal gegenüber Vorquartal unverändert.

**INSGESAMT HAT SICH DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT IM ERSTEN HALBJAHR besser entwickelt als von vielen Beobachtern erwartet.** Allerdings sorgen die seit Mitte Juni reduzierten Gaslieferungen, die nochmals gestiegenen Energiepreise, die fortwirkenden Lieferengpässe sowie die allgemein erhöhte Unsicherheit für deutlich schlechtere Aussichten für das zweite Halbjahr.

**DIE DEUTSCHE INDUSTRIE ERHOLTE SICH AUCH IM BERICHTSMONAT JUNI** weiter von dem externen Schock, den sie durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erlitten hatte. Die Produktion und der Export von Waren legten zu. Die Nachfrage allerdings verlief bei abgekühltem Geschäftsklima schwach. Der Ausblick für die Industriekonjunktur im zweiten Halbjahr bleibt angesichts der großen Unsicherheit zurückhaltend.

**DIE UMSÄTZE IM EINZELHANDEL VERZEICHNETEN BINNEN JAHRESFRIST** aufgrund von hohen Preissteigerungen in realer Rechnung den größten Rückgang seit dem Jahr 1994. Vor dem Hintergrund kräftiger Preisniveausteigerungen im Einzelhandel setzte das Konsumklima seine Talfahrt weiter fort.

**DIE INFLATIONSRATE GING VON JUNI AUF JULI ZUM ZWEITEN MAL hintereinander leicht auf 7,5 % zurück.** Das entspricht einer Abnahme um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (Juni: +7,6 %). Die Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, das Neun-Euro-Ticket und seit Juli auch die Abschaffung der EEG-Umlage haben den Preisauftrieb leicht gedämpft. Die Energieträger verteuerten sich etwas schwächer, aber erneut kräftig. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln verzeichnete ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung.

**DER ARBEITSMARKT ZEIGTE SICH WEITERHIN VERGLEICHSWEISE ROBUST,** auch wenn die Fluchtmigration aus der Ukraine sich erneut deutlich auf die Arbeitslosigkeit auswirkte. Die Geflüchteten dürften auch in den kommenden Monaten zu weiteren Anstiegen bei der registrierten Arbeitslosigkeit führen. Gleichzeitig stieg die Zahl der offenen Stellen im zweiten Quartal auf ein Allzeithoch. Der steigende Personalbedarf erfasst fast alle Branchen. Auch für den Arbeitsmarkt ist das größte Risiko ein Gaslieferstopp aus Russland, der zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen dürfte.

**FÜR MAI 2022 MELDETEN DIE DEUTSCHEN AMTSGERICHTE mit 1.242 beantragten Unternehmensinsolvenzen in etwa genauso viele Insolvenzen wie im Vormonat April 2022.** Insgesamt lagen die beantragten Unternehmensinsolvenzen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 um 4 % unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Aktuelle Frühindikatoren und Umfragen deuten – trotz der gestiegenen Risiken – auf keinen signifikanten Anstieg in naher Zukunft hin.

Die konjunkturelle Stimmung in Deutschland ist weiterhin zweigeteilt. Einerseits haben sich wichtige Kennzahlen für die deutsche Wirtschaft im Juni positiv entwickelt. So stiegen die Industrieproduktion und die Warenexporte an und die Warenimporte liegen weiter auf hohem Niveau. Andererseits deuten vorausschauende Indikatoren und Stimmungsdaten wie die Auftragseingänge und das ifo-Geschäftsklima auf eine Verschlechterung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr hin. Vor allem die reduzierten Gaslieferungen aus Russland drücken die Stimmung und eine weitere Drosselung stellt das Hauptrisiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dar.

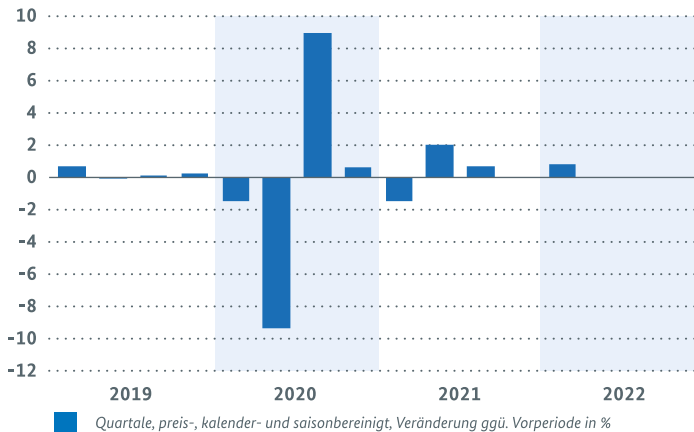
## **DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT HAT SICH IM ERSTEN HALBJAHR WIDERSTANDSFÄHIG GEZEIGT – AUSBLICK WEITER VON UNSICHERHEIT GEPRÄGT**

Die Lage bei den weltweiten Lieferketten bleibt ebenfalls angespannt, auch wenn sich das Frachtvolumen aus China zuletzt wieder erholte. Die Engpässe dürften jedoch im zweiten Halbjahr anhalten, sodass die Aussichten für den deutschen Außenhandel verhalten ausfallen. Die Unsicherheit und die hohe Inflation wirkten belastend auf das Konsumklima: Die Einzelhandelsumsätze waren zuletzt wieder rückläufig. Die Inflationsrate sank im Juli zwar erneut leicht auf plus 7,5 %, liegt damit aber immer noch auf einem Niveau wie während der ersten Ölkrise im Winter 1973/74 im früheren Bundesgebiet. Nach wie vor sind es vor allem die Preise für Energie und Nahrungsmittel, die die allgemeine Teuerung treiben. Der eingeführte Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket sorgten allerdings für eine gewisse Entlastung. Die weitere Entwicklung des Preisniveaus hängt vor allem am Fortgang der Energielieferungen aus Russland sowie an der Reaktion der EZB auf die hohen Inflationsraten.

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 12. August 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.



**BRUTTOINLANDSPRODUKT**



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

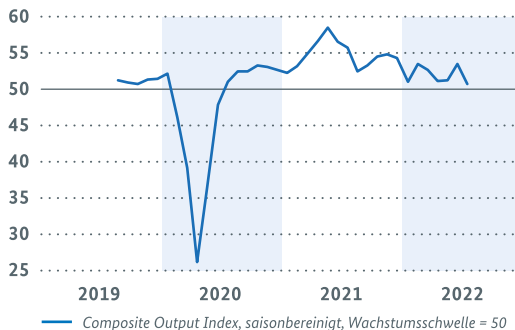
Insgesamt zeigt sich aber ein solides erstes Halbjahr, in dem die deutsche Wirtschaft einige Widerstandskraft bewies: Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal nach neuen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes merklich aufwärts korrigiert worden und robust gewachsen. Im zweiten Quartal wurde dieses Niveau gehalten. Mancher Beobachter hatte in diesem Zeitraum eine rückläufige Entwicklung erwartet. Die bisherige Entwicklung war also besser als gedacht.

**WELTWIRTSCHAFT ERHOLT SICH LANGSAM – AUSBLICK BLEIBT ABER VERHALTEN**

Die Weltwirtschaft ist dabei, den externen Schock durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu verkraften. Die weltweite Industrieproduktion wurde im Mai um lediglich 0,4% gegenüber dem Vormonat erhöht, nachdem sie im März sowie im April gedrosselt worden war (-1,0% bzw. -2,3%). Der Welthandel indes konnte im Mai (+2,5%) die Abnahme aus dem März (-1,2%) nach zwischenzeitlicher Stagnation im April (+0,0%) wiedergutmachen. Dennoch wird der Welthandel von der Störung der Lieferketten gedämpft. Es stauen sich derzeit vermehrt Schiffe in der Nordsee vor den Häfen Deutschlands, der Niederlande und Belgiens. Hier stecken gegenwärtig knapp 2% der globalen Frachtkapazität fest.

Der Stimmungsindikator von S&P Global (ehemals IHS Markit) deutet auf eine leichte Erholung in den kommenden Monaten hin. Er fiel zwar im Juli von 53,5 recht deutlich auf 50,8 Punkte, lag damit aber weiterhin etwas über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die ifo-Expporterwartungen haben sich gegenüber dem Vormonat ebenfalls wieder eingetrübt (-0,5 nach +3,4 Saldopunkten). Erstmals seit März überwog damit der Anteil pessimistischer Unternehmen jene Fraktion, die mit einer Verbesserung in den nächsten Monaten rechnet. →

**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT  
J. P. MORGAN/IHS MARKIT**



Quellen: J. P. Morgan/IHS Markit, Macrobond

**DEUTSCHER AUSSENHANDEL: AUSFUHREN STEIGEN KRÄFTIG – EINFUHREN LEICHT**

Das erhöhte Preisniveau der Energieträger macht sich auch im deutschen Außenhandel bemerkbar. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im Juni saisonbereinigt um kräftige 4,3 % gegenüber dem Vormonat. Im Mai hatten sie um moderatere 2,5 % zugelegt. Für das zweite Quartal 2022 ergibt sich damit ein deutliches Plus von 8,8 %. Die Exportpreise sind im Juni um saisonbereinigt 1,0 % gestiegen (2. Quartal: +4,3 %) und dürften den Anstieg der Ausfuhren in realer Rechnung damit (merklich) dämpfen. Nach Bestimmungsländern stiegen die Waren-Ausfuhren sowohl in die EU-Mitgliedstaaten (+3,9 %) als auch in Drittstaaten wie die Vereinigten Staaten (+6,2 %) und China (+2,4 %).

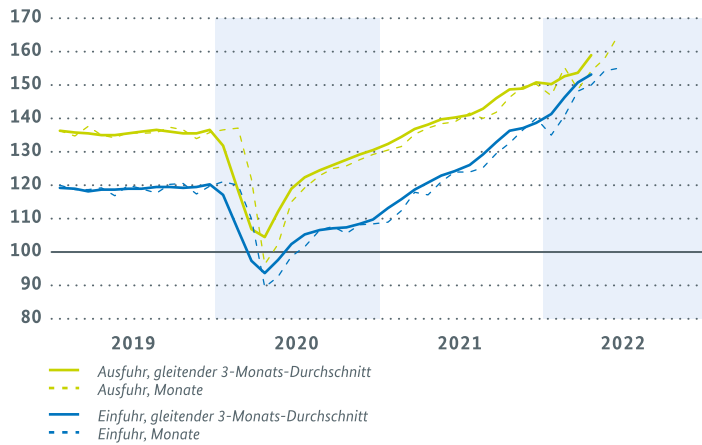
Demgegenüber nahmen die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im Juni gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt leicht zu (+0,6 %). Im Mai waren sie um 2,8 % gestiegen. Im Quartalsvergleich steht ein kräftiger Zuwachs von 8,3 %. Bei nochmals gestiegenen Importpreisen im Juni (+1,2 %; 2. Quartal: +6,2 %) dürfte die reale Entwicklung der Einfuhren zuletzt negativ ausgefallen sein. Die nominalen Waren-Einfuhren aus den Vereinigten Staaten sowie China fielen geringer aus als im Vormonat (-6,6 % bzw. -3,9 %), während die Einfuhren aus der EU leicht zunahmen (+0,3 %).

Im Zuge der außerordentlichen Preisdynamik im Bereich der Energieträger belief sich der monatliche Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Juni auf außergewöhnlich niedrige 16,2 Milliarden Euro. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren monatliche Leistungsbilanzüberschüsse von über 20 Milliarden Euro üblich.

Die deutschen Waren-Ausfuhren nach Russland stiegen im Juni gegenüber Mai saisonbereinigt um 14,5 % (Mai: +29,4 %). Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Waren-Ausfuhren gemäß Ursprungswerten jedoch um 40,3 %. Ein Grund für die Steigerungsraten im Vormonatsvergleich könnte eine Reaktion im Bereich nicht sanktionierter Güter wie zum Beispiel pharmazeutischer Erzeugnisse sein. In den Monaten März und April gab es möglicherweise noch Unsicherheit zur Anwendbarkeit der Sanktionen.

**EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)**

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

**AUSSENHANDEL \***

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
<b>WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>AUSFUHR</b>	1,0	5,8	3,8	2,5	4,3
<b>EINFUHR</b>	3,6	8,3	1,1	2,8	0,6
<b>AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>AUSFUHR</b>	11,7	15,2	9,6	21,7	14,6
Eurozone	12,4	16,1	12,6	20,8	15,2
EU-Nicht-Eurozone	12,1	15,0	10,7	17,9	16,2
Drittländer	10,9	14,6	6,7	24,0	13,6
<b>EINFUHR</b>	24,4	28,4	26,1	34,5	24,9
Eurozone	18,7	19,2	19,0	22,7	15,9
EU-Nicht-Eurozone	8,9	17,8	12,1	23,6	17,6
Drittländer	34,9	39,6	36,4	48,0	34,7

\* Angaben in jeweiligen Preisen  
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Nach dem Lockdown- und Hafestreik-bedingten Einbruch vor zwei Wochen erholt sich das aus China stammende Frachtvolumen wieder. Dennoch bleibt der weltweite Seeverkehr aufgrund von Lieferkettenstörungen und Kapazitätsengpässen angespannt. Auch vor diesem Hintergrund haben sich die ifo-Exportorerwartungen im Juli erneut eingetrübt und liegen nun erstmals seit März wieder im negativen Bereich (von +3,4 auf -0,5 Saldenpunkte). Derzeit rechnen nur rund 12 % der Unternehmen mit einer Verbesserung in den nächsten drei Monaten. Der Ausblick für den deutschen Außenhandel in den kommenden Monaten fällt zusammengekommen eher verhalten aus.

**DIE INDUSTRIE ERHOLT SICH IM JUNI WEITER;  
DER AUSBLICK BLEIBT ABER GEDÄMPFT**

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Juni um 0,4 % gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Industrie konnte ihren Ausstoß um 0,7 % erhöhen, während die Produktion im Baugewerbe um 0,8 % zurückging. Im Bereich Energie gab es keine Veränderung (0,0 %).

Innerhalb der Industrie gab es im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile ein kräftiges Plus von 5,5 %. Hier wurde der kriegsbedingte Einbruch im März mittlerweile wieder wettgemacht, die Produktion liegt nun wieder über ihrem Niveau zu Jahresanfang. In den anderen Bereichen der Industrie waren unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen: Im Maschinenbau steigerte sich der Ausstoß leicht um 0,4%. Auch die Bereiche Papier und Pappe (+2,2%) sowie Nahrungs- und Futtermittel (+2,0 %), die im Vormonat teils merkliche Rückgänge gemeldet hatten, steigerten ihre Produktion. Die Herstellung von Metallerzeugnissen (-2,1 %) und chemischen Erzeugnissen (-0,7 %) ging hingegen zurück.

**INDUSTRIE**

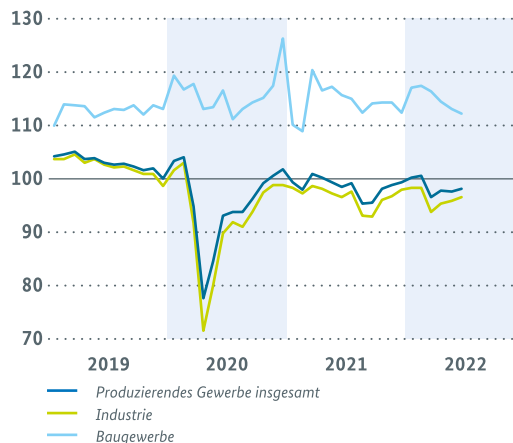
VERÄNDERUNG GGÜ. VORZEITRAUM IN %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
<b>PRODUKTION</b>					
<b>Insgesamt</b>	-0,2	-0,9	1,7	0,6	0,7
Vorleistungsgüter	1,0	-1,5	0,7	-0,4	0,3
Investitionsgüter	-2,0	-0,7	3,7	2,2	1,0
Konsumgüter	1,6	-0,1	-0,7	-0,9	1,1
<b>UMSÄTZE</b>					
<b>Insgesamt</b>	0,7	-0,7	0,6	2,5	3,0
Inland	1,6	-1,6	1,0	-0,8	2,9
Ausland	-0,2	0,1	0,3	5,7	3,1
<b>AUFTRAGSEINGÄNGE</b>					
<b>Insgesamt</b>	2,8	-5,6	-1,7	-0,2	-0,4
Inland	-1,8	-1,1	0,5	-1,5	1,1
Ausland	6,1	-8,6	-3,1	0,7	-1,4
Vorleistungsgüter	-0,2	-3,5	-0,3	-3,2	1,2
Investitionsgüter	4,6	-8,3	-3,3	2,5	-1,8
Konsumgüter	3,3	5,3	4,0	-4,1	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN  
GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN**

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Auftragseingänge sind im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,4 % zurückgegangen. In den vier Monaten zuvor waren sie bereits infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine stetig gesunken. Zuletzt gab es unterdurchschnittlich wenig Großaufträge. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen haben sich die Ordereingänge um 0,4 % gegenüber dem Vormonat erhöht. Insgesamt lagen die Auftragseingänge damit zuletzt in arbeitstäglich bereinigter Rechnung 9,0 % unter ihrem Niveau vor Vorjahresfrist.

Ausschlaggebend für die Abnahme im Juni gegenüber dem Vormonat war eine spürbar gesunkene Nachfrage nach Investitionsgütern (-1,8 %). Die Produzenten von Vorleistungs- und Konsumgütern meldeten hingegen Zuwächse um 1,2 % beziehungsweise 1,7 %. Aus dem Inland gingen 1,1 % mehr Bestellungen ein. Die Auslandsnachfrage gab um 1,4 % nach, wobei ein kräftiges Orderminus aus dem Nicht-Euroraum von 4,3 % zu Buche schlägt (Euroraum: +3,4 %). Die gewichtigen Bereiche Kfz/ Kfz-Teile und Maschinenbau verzeichneten leichte Abnahmen der Auftragseingänge um 0,1 % und 0,4 %. Der sonstige Fahrzeugbau meldete einen kräftigen Rückgang um 25,6 %. Zu Zuwächsen kam es indes in den Bereichen pharmazeutische Erzeugnisse (+9,2 %), chemische Erzeugnisse (+1,1 %) und elektrische Ausrüstungen (+0,6 %). —>

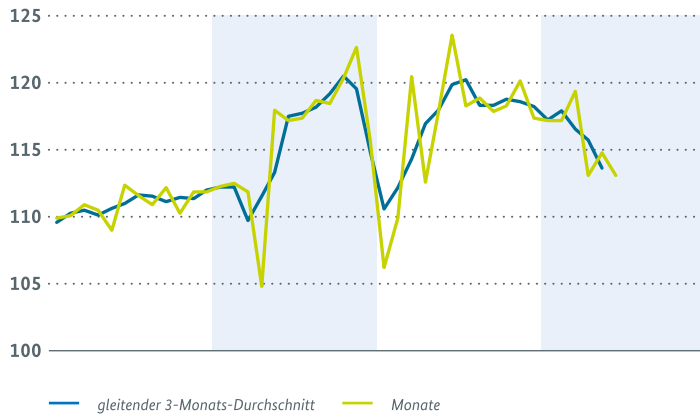
Die Industrie als Ganzes erholte sich auch im Berichtsmonat Juni weiter von dem externen Schock, den sie durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erlitten hatte. Angesichts hoher Energiepreise und der teilweise gestörten Lieferketten zeigte sie damit ihre Widerstandskraft. Aufgrund ihrer Exportorientierung ist die deutsche Industrie überproportional von den Handelssanktionen gegen Russland betroffen. Die Nachfrage verläuft schwach bei abgekühltem Geschäftsklima. Angesichts der erhöhten Unsicherheit durch den Krieg und einer drohenden Gasknappheit bleibt der Ausblick für die Industriekonjunktur im zweiten Halbjahr zurückhaltend.

### Einzelhandelsumsatz hat im Vorjahresvergleich kräftig abgenommen

Im Einzelhandel ohne Kfz haben sich die Umsätze im Juni gegenüber dem Vormonat um 1,6 % verringert, nachdem sie im Mai um 1,2 % gestiegen waren. Die Umsätze lagen damit zuletzt um 8,8 % unter ihrem Niveau von einem Jahr zuvor; dies ist die stärkste Abnahme binnen Jahresfrist seit dem Jahr 1994, als die Erhebung der Zeitreihe begonnen wurde. Hauptgrund dafür sind die hohen Preisniveausteigerungen im Einzelhandel. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist lediglich zu einem Umsatzrückgang von 0,8 %. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im Juni im Vergleich zum Vormonat einen realen Umsatzrückgang von 0,6 % (ggü. Vorjahresmonat -7,2 %) und damit das tiefste Niveau seit Juni 2016. Neben stark gestiegenen Preisen könnte auch das kräftige Umsatzplus in der Gastronomie von 8,6 % den Lebensmittelhandel negativ beeinflusst haben. Beim Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren setzte sich die im bisherigen Jahresverlauf zu beobachtende aufwärtsgerichtete Tendenz nicht fort. Er meldete ein deutliches Minus von 5,4 % (ggü. Vorjahresmonat -10,1 %). Auch im Internet- und Versandhandel verlief die Entwicklung schwach. Er hatte im Juni den stärksten Rückgang gegenüber dem Vormonat seit 1994 von 3,8 % zu verbuchen (ggü. Vorjahresmonat -15,1 %). An den Tankstellen kam es im Zuge

### Einzelhandelsumsatz ohne Handel mit Kfz

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

der Einführung des Tankrabattes im Juni zu einem Umsatzplus von 6,4 % (ggü. Vorjahr -8,0 %). Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private Halter ergab sich im Juli erneut eine Zunahme um 1,4 %, nachdem sie bereits in den beiden Vormonaten merklich zugelegt hatten (Juni: +2,6 %; Mai: +5,9 %).

Das Konsumklima setzte gemäß den beiden gängigen Frühindikatoren seine Talfahrt aufgrund der sehr kräftigen Steigerungen bei den Preisen für Energie- und Lebensmittel weiter fort: Für das GfK-Konsumklima wird für August wieder ein neuer historischer Tiefstand prognostiziert. Auch die ifo-Geschäftserwartungen im Einzelhandel trübten sich im Juli weiter merklich ein. Der Saldo der Meldungen erreicht nunmehr ein sehr niedriges Niveau.

### Inflationsrate erneut leicht rückläufig

Das Niveau der Verbraucherpreise ist im Juli gegenüber dem Vormonat um 0,9 % gestiegen, was vor allem auf einen deutlichen Preisanstieg bei Pauschalreisen (+15,2 %) zurückzuführen ist. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich wieder spürbar (+2,3 %). Die Preise für Energie gingen indes leicht zurück (-0,3 %).

Die Inflationsrate, also die Entwicklung des Preisniveaus binnen Jahresfrist, ging im Juli zum zweiten Mal hintereinander auf 7,5 % leicht zurück. Dies entspricht einer Abnahme um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (Juni: +7,6 %). Im Mai hat die Rate mit +7,9 % ihren bisherigen Höchstwert seit dem Winter 1973/74 zu Zeiten der

ersten Ölkrise erreicht. Zu Beginn des Jahres hatte sie allerdings noch unter 5 % gelegen. Maßgeblich für das hohe Niveau der Inflationsrate ist nach wie vor die sehr starke Teuerung bei den Energieprodukten (+35,5 %, Juni: 38,0 %). Das Neun-Euro-Ticket und der Tankrabatt wirken seit Juni leicht dämpfend auf die Inflation. Im Juli wurde zudem die EEG-Umlage abgeschafft. Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel verzeichnete jedoch mit +14,8 % ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung (Juni: +12,7 %). Auch von den Preisen für Pauschalreisen ging erneut ein spürbarer Impuls auf die Inflationsrate aus (+10,1 %). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im Juli unverändert bei +3,2 %. Im Vergleich zur Inflation insgesamt ist das eine eher geringe Rate, zu Beginn des Jahres hatte sie jedoch noch unter 3 % gelegen. Angesichts der anhaltenden Unsicherheit bei den russischen Gaslieferungen ist in den kommenden Monaten weiterhin mit einem starken Preisdruck bei Energie und deshalb auf absehbare Zeit mit hohen Inflationsraten zu rechnen.

**ARBEITSMARKT VORERST STABIL, FLUCHT-MIGRATION ERHÖHT ARBEITSLOSIGKEIT**

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin vergleichsweise robust, auch wenn die Fluchtmigration aus der Ukraine sich erneut deutlich auf die Arbeitslosigkeit auswirkt. Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Juli saisonbereinigt noch mal kräftig um 48.000 Personen. Der Anstieg ist auf ukrainische Geflüchtete zurückzuführen, die seit Juni in der Grundsicherung erfasst werden. In Ursprungswerten nahm die registrierte Arbeitslosigkeit um 107.000 auf 2,47 Millionen Personen zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren aber immer noch 120.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich der bisherige positive Verlauf weiter fort. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Juni saisonbereinigt um 24.000 Personen. In Ursprungswerten waren damit 45,6 Millionen Menschen erwerbstätig, 610.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im Mai ein deutliches Plus von 45.000 Personen. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag im Mai bei rund 0,33 Millionen Personen und damit nochmals merklich niedriger als im Vormonat. Auch die Anzeigen gingen weiter zurück. Die Zahl der offenen Stellen stieg für das gesamte zweite Quartal auf ein Allzeithoch. —>

**VERBRAUCHERPREISINDEX**

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Jun.	Jul.	Jun.	Jul.
<b>Insgesamt</b>	<b>0,1</b>	<b>0,9</b>	<b>7,6</b>	<b>7,5</b>
<b>Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,9</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>
Nahrungsmittel	1,0	2,3	12,7	14,8
Bekleidung und Schuhe	0,9	0,8	10,1	10,8
Verkehr	0,2	0,4	1,4	1,7
Pauschalreisen	-6,2	-1,1	8,3	5,4
Energie	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2
Haushaltsenergie	4,2	4,0	7,4	6,1
Strom	0,0	0,2	1,5	1,6
Gas	1,4	1,4	7,0	7,9
Heizöl	0,6	-0,3	38,0	35,7
Kraftstoffe	-0,8	-4,0	46,0	36,6
Dienstleistungen	-0,4	1,3	2,1	2,0
<b>Insgesamt (saisonbereinigt)</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,5</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

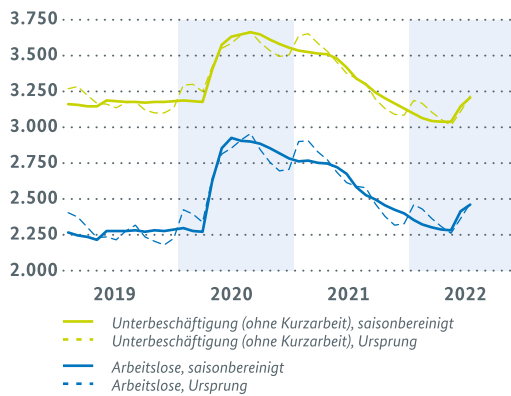
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Nahezu alle Branchen meldeten steigenden Personalbedarf. Die Frühindikatoren fallen am aktuellen Rand verhalten aus. Laut Umfragen sind die Unternehmen zurückhaltender bei der Schaffung neuer Stellen, dennoch liegt die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter auf sehr hohem Niveau. Die Fluchtmigration dürfte auch in den kommenden Monaten zu weiteren Anstiegen bei der Arbeitslosigkeit führen, ihre Intensität aber abnehmen. Das größte Risiko für den Arbeitsmarkt ist ein Gaslieferstopp aus Russland, der zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen dürfte.

**WEITERHIN KEIN SIGNIFIKANTER ANSTIEG DER INSOLVENZEN**

Die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen der vergangenen beiden Jahre hält weiterhin an und die Zahlen bleiben auch im Jahr 2022 bisher weiter unter Vorjahresniveau. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 lagen die beantragten Unternehmensinsolvenzen um etwa 4 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

**ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)**



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

**ARBEITSMARKT**

*Arbeitslose (SGB II und III)*

	1.Q.	2.Q.	Mai	Jun.	Jul.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,417	2,311	2,260	2,363	2,470
ggü. Vorjahr in 1.000	-460	-380	-428	-251	-120
ggü. Vorperiode in 1.000*	-101	5	-5	132	48
Arbeitslosenquote	5,3	5,0	4,9	5,2	5,4

**ERWERBSTÄTIGE (Inland)**

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,2	45,5	45,4	45,5	45,6
ggü. Vorjahr in 1.000	659	664	694	689	610
ggü. Vorperiode in 1.000*	195	133	40	31	24

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE**

	4.Q.	1.Q.	Mär.	Apr.	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,4	34,2	34,3	34,4	34,4
ggü. Vorjahr in 1.000	547	691	698	673	681
ggü. Vorperiode in 1.000*	176	223	31	14	45

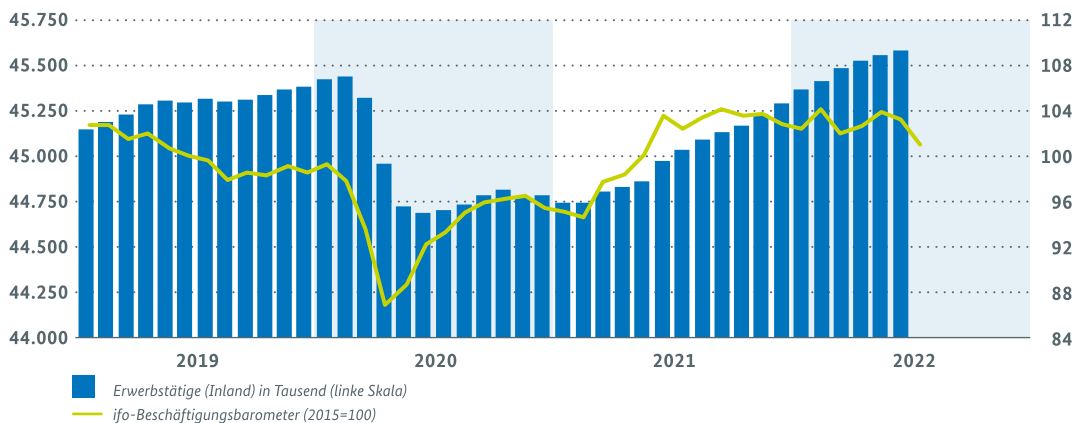
\*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen als Frühindikator für die zukünftige Insolvenzentwicklung ist nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juli 2022 um 4,2 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Damit setzte sich der bereits im Juni 2022 beobachtete Rückgang (-7,6 % ggü. Mai 2022) weiter fort. Ein signifikanter Anstieg der Insolvenzen ist derzeit nicht in Sicht, allerdings stellen die Folgen des Krieges in der Ukraine ein zusätzliches Risiko für die Unternehmen dar, dessen Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen im weiteren Jahresverlauf nur schwer abzuschätzen sind. Experten des IW Halle rechnen aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds für das Gesamtjahr 2022 mit einem etwas höheren Insolvenzaufkommen als im Vorjahr. —

**ifo-BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)**

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

# BIP-NOWCAST FÜR DAS 3. QUARTAL 2022

## IN KÜRZE

DER NOWCAST FÜR DIE SAISON- UND KALENDERBEREINIGTE VERÄNDERUNGSRATE DES BIP BETRÄGT MINUS 0,6 % FÜR DAS DRITTE QUARTAL 2022 (STAND 8. AUGUST).

Derzeit prognostiziert der Nowcast für das dritte Quartal 2022 einen saison- und kalenderbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 0,6 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erst Ende Oktober 2022 erste amtliche Ergebnisse zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung des dritten Vierteljahres 2022.

Die nebenstehende Abbildung zeichnet den Verlauf des Schätzwertes nach: Bei erstmaliger Berechnung Anfang April belief sich der Nowcast auf plus 0,3 %. Unterhalb dieses Wertes schwankte er bis Ende Juni. Für einen Großteil der Pendelbewegungen waren die Eintrübung beziehungsweise Aufhellung verschiedener Stimmungsindikatoren aus dem In- und Ausland verantwortlich. Die Unsicherheit um die Liefermengen russischen Erdgases im Rahmen der Wartung der Nordsee-Pipeline Nord Stream 1 verursachten dabei deutliche

Ausschläge auf bis zu minus 1,7%. Für Auftrieb auf den aktuellen Wert von minus 0,7% sorgten Anfang August vor allem die Meldungen zu den Kfz-Neuzulassungen in Italien und Frankreich. Im Berichtszeitraum war der Nowcast damit maßgeblich von Umfragedaten getrieben.

Aus fachlicher Sicht erscheint die von dem Modell prognostizierte Veränderungsrate des BIP im dritten Quartal pessimistisch. Derzeit bleibt die wirtschaftliche Lage aber von erheblichen Risiken geprägt, was in den Unternehmensumfragen zum Ausdruck kommt. Die deutsche Konjunktur wird durch steigende Energie- und Rohstoffpreise, gestörte Lieferketten und geopolitische Konflikte gedämpft. Ob die tatsächliche Entwicklung den Nowcast bestätigen wird, hängt vor allem von der weiteren Entwicklung der Gaslieferengpässe sowie den daraus resultierenden wirtschaftlichen Einbußen ab. —

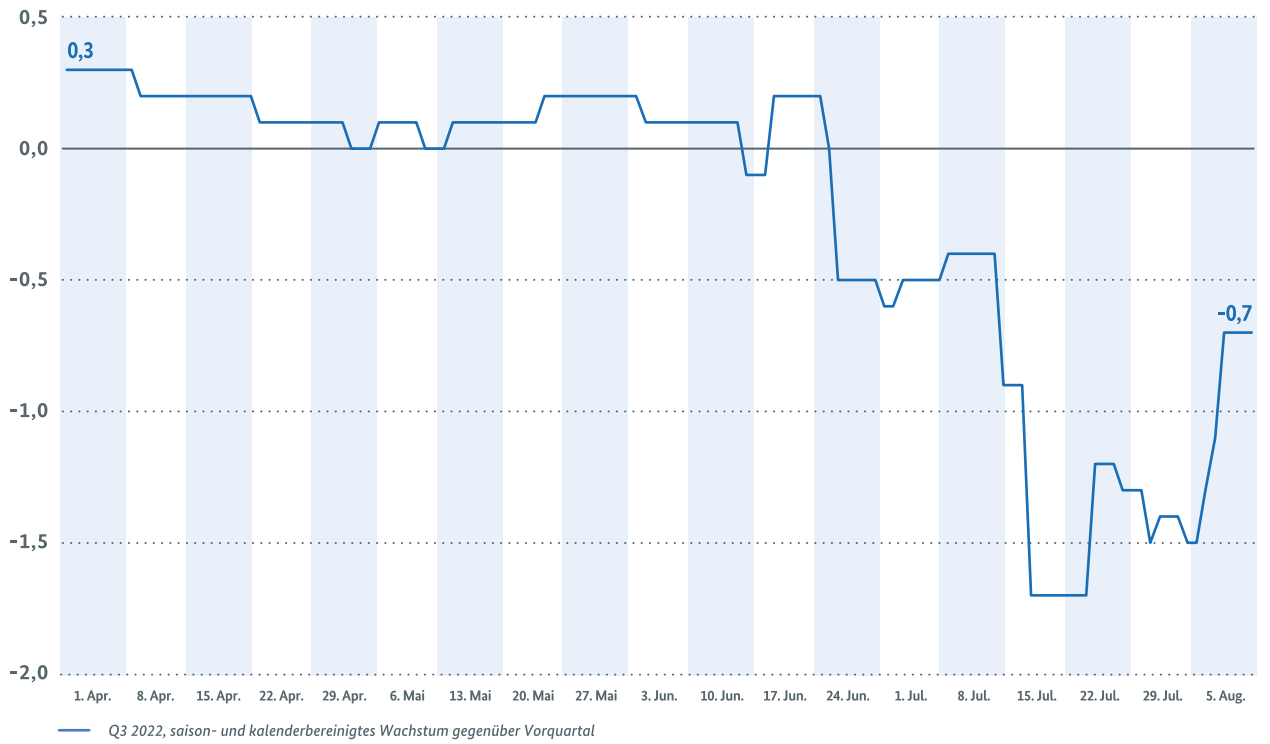
## DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

<sup>1</sup> Für nähere Erläuterungen zu der Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juni 2019, Seite 9–11, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.



ENTWICKLUNG DES BIP-NOWCAST FÜR DAS DRITTE QUARTAL 2022 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

# LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZUM 3. QUARTAL 2022

**IN KÜRZE**

DER RUSSISCHE ÜBERFALL AUF DIE UKRAINE, HOHE ENERGIE- UND ROHSTOFFPREISE SOWIE HOHE INFLATIONS RATEN BELASTEN DIE WELTWIRTSCHAFT. DAS BILD IST VON GROSSER UNSICHERHEIT GEPRÄGT. IN DER FOLGE MUSSTEN WACHSTUMSERWARTUNGEN NACH UNTEN KORRIGIERT WERDEN.

Die jüngsten Daten zur weltwirtschaftlichen Entwicklung deuten vor dem Hintergrund der weltweit hohen Inflation und der weltweiten Straffung der Geldpolitik auf eine Schwächung des Wachstums hin.

Die strikten Pandemiebekämpfungsmaßnahmen in China haben das dortige Wachstum stark ausgebremst – mit Auswirkungen in weite Teile der Welt. Auch die Volkswirtschaften der USA und der Eurozone sind keine Wachstumstreiber, wobei Letztere besonders stark von den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine betroffen ist. Kurzfristig lässt die Wiederbelebung der chinesischen Wirtschaft in Verbindung mit den anhaltenden politischen Impulsen eine leichte Erholung des Wachstums im dritten Quartal erwarten, die weiteren Aussichten sind allerdings deutlich eingetrübt: Der Ukraine-Krieg und die Unsicherheit über dessen weitere Entwicklung, die in nahezu allen Wirtschaftsräumen auf unerwünschte Höhen gekletterte Inflation sowie die hohen Preise und eingeschränkten Verfügbarkeiten von wichtigen (energetischen) Rohstoffen und insbesondere von Gas bergen Gefahren und Risiken, gegenüber denen sich die positiven Faktoren – leichte Entspannung bei den globalen Lieferketten und logistischen Engpässen, vergleichsweise robuste Beschäftigungsentwicklung in den USA – bescheiden ausnehmen.

Vor diesem Hintergrund haben die relevanten internationalen Institutionen ihre Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft deutlich nach unten revidiert. Ende Juni senkten die Weltbank und die OECD ihre Prognose für 2022 aus dem Januar von 4,1 auf 2,9%, (Weltbank) beziehungsweise von 3,6 auf 3,2% (OECD). Mit der Ende Juli erfolgten Aktu-

alisierung seitens des IWF, der statt der noch im April erwarteten 3,6 nur noch von 3,2% Wachstum ausgeht, bewegen sich die drei großen internationalen Organisationen im Gleichklang. Für 2023 liegen die ebenfalls reduzierten Erwartungen zwischen 1,5% (Weltbank) und 2,9% (IWF). Die Betroffenheit bezüglich der genannten Risiken und Gefahren ist für die einzelnen Weltregionen allerdings unterschiedlich ausgeprägt, was sich in unterschiedlich ausgeprägten Revisionen niederschlägt:

WACHSTUMSPROGNOSEN DES IWF

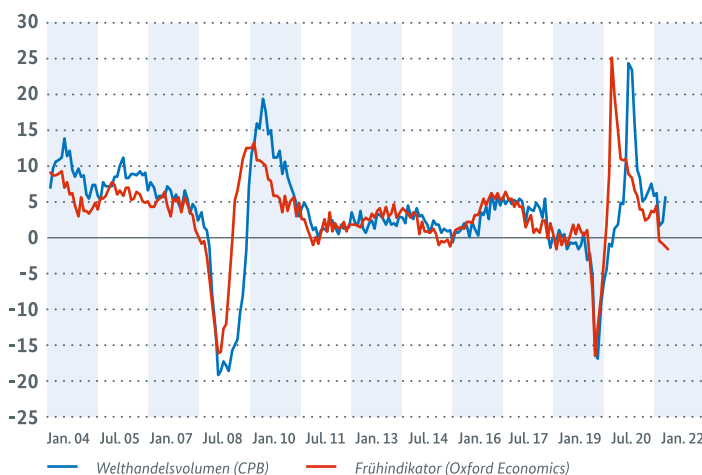


Quellen: Eigene Darstellung nach Zahlen des IWF (2022)

**WELTHANDEL: GEDÄMPFTE AUSSICHTEN**

Das Wachstum des Welthandels mit Waren dürfte in diesem Jahr deutlich zurückgehen, da sich die Nachfrage von Waren auf Dienstleistungen verlagert und eine Reihe von Faktoren wie höhere Energiepreise, eine straffere Geldpolitik, die damit verbundene Aufwertung des US-Dollars und die Verlangsamung in China für Gegenwind sorgen. Der Indikator des niederländischen Centraal Planning Bureau (CPB) deutet ein langsames Wachstum des globalen Handelsvolumens im Vorjahresvergleich an, auch wenn die Dynamik im Mai 2022 zugenommen hat. Der Oxford Economics Frühindikator für den Welthandel hat sich in den letzten Monaten deutlich in den negativen Bereich bewegt und deutet darauf hin, dass das Welthandelsvolumen ab dem dritten Quartal schrumpfen wird. Besonders negative Signale kommen von der Luftfracht, den Kupferpreisen und den Aktienkursen von Schifffahrtsunternehmen, während andere Indikatoren, wie der Containerhandel, eher einen flachen Trend als Rückgänge aufweisen. Dazu passend fiel im Juli dem Kiel Trade Indicators zufolge der globale Handel gegenüber dem Vormonat zurück. Passend zur leicht erhöhten Handelsdynamik im Mai 2022 zeigt der Containerumschlag-Index des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) saisonbereinigt im Juni einen Anstieg von 124,9 auf 126,1 Punkte. Vor allem in den chinesischen Häfen hat sich die kräftige Erholung aus dem Vormonat fortgesetzt. Der Indexwert für die chinesischen Häfen stieg von 134,7 auf 140,5.

**WACHSTUMSRATEN DES WELTHANDELS**



Quellen: Oxford Economics, CPB

**INFLATION: WELTWEIT AUF DEM VORMARSCH**

Die globale Inflation wird laut Internationalem Währungsfonds in diesem Jahr voraussichtlich 6,6% in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und 9,5% in den Schwellen- und Entwicklungsländern erreichen. Die hohe Inflation dürfte die wirtschaftliche Dynamik deutlich mindern – zum einen direkt, indem sie die Konsumneigung und -möglichkeiten der Verbraucher stark reduziert. Zum anderen indirekt, da zur Inflationsbekämpfung nötige Zinserhöhungen die Investitionsnachfrage bremsen. Wesentlich für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung wird sein, wie schnell und gut es den großen Zentralbanken gelingt, die Inflation in den Griff zu bekommen, ohne dabei allzu drastische Maßnahmen ergreifen zu müssen („soft landing“).

Es ist davon auszugehen, dass eine straffere Geldpolitik reale wirtschaftliche Kosten verursachen wird. Gezielte fiskalische Unterstützung könnte laut IWF dazu beitragen, die Auswirkungen auf die Schwächsten der Gesellschaft abzufedern. —>

Vor diesem Hintergrund misst der Währungsfonds der Inflationsbekämpfung höchste Priorität bei, warnt aber vor möglichen negativen Effekten einer restriktiven Geldpolitik der entwickelten Volkswirtschaften auf einige stark verschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer. So könnten eine Aufwertung von in Fremdwährung aufgenommenen Schulden und die Umlenkung von Anlagekapital in Richtung Industrieländer die Schuldentragfähigkeit für manche Entwicklungs- und Schwellenländer erschweren. Weltweit steht die Geld- und Fiskalpolitik somit vor der Herausforderung, bei der Konsolidierung eine Balance zwischen Behutsamkeit und Entschlossenheit zu finden.

#### **EINZELNE LÄNDER UND REGIONEN: GEMISCHTE GEMENDELAGE, ÄHNLICHE TENDENZ**

In den USA bleiben die privaten Konsumausgaben deutlich unter den Erwartungen der meisten Analysten. Der von der University of Michigan veröffentlichte Index des Verbrauchervertrauens fiel im Juni auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen in den 1950er-Jahren. Darüber hinaus zeichnet sich am Wohnimmobilienmarkt eine Eintrübung ab. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt wegen Arbeitskräfteengpässen angespannt und die Verbraucher verfügen weiterhin über hohe Ersparnisse. Insgesamt haben die Abwärtsrisiken zugenommen. Dementsprechend erwartet der IWF für die USA ein Wachstum von 2,3% in diesem und 1,0% im nächsten Jahr, was Abschlägen von minus 1,4 beziehungsweise minus 1,7 Prozentpunkten gegenüber der April-Prognose entspricht. Gemäß nationaler Statistik ist die US-Wirtschaft preisbereinigt und auf das Jahr gerechnet im 1. Quartal 2022 um 1,3% und im 2. Quartal um 0,9% geschrumpft (Q/Q-Betrachtung).

In China gingen die Corona-Fälle Anfang Juni merklich zurück, die Corona-Restriktionen wurden weiter gelockert. Das förderte die konjunkturelle Erholung, auch wenn das zugrunde liegende Wachstum schwach bleibt und die Risiken nach wie vor hoch sind. Mit Blick auf die nähere Zukunft wurden zusätzliche finanzpolitische Stützungsmaßnahmen angekündigt, die die Infrastrukturausgaben im dritten Quartal fördern dürften. Ob dies dem durch die Corona-Beschränkungen in Mitleidenschaft gezogenen Dienstleistungssektor zugutekommt, ist allerdings fraglich. Das BIP-Wachstum dürfte deutlich unter dem offiziellen Wachstumsziel von 5,5% bleiben, da es unter anderem durch eine anhaltend schwache Entwicklung im Wohnimmobiliensektor gebremst wird. Dementsprechend erwartet der IWF für China ein Wachstum von 3,3% in diesem und 4,6% im nächsten Jahr, was Abschlägen von minus 1,1 und minus 0,5 Prozentpunkten gegenüber April entspricht. Gemäß nationaler Statistik legte die chinesische Wirtschaft preisbereinigt im 1. Quartal 1,4% zu und schrumpfte im 2. Quartal um 2,6% (Q/Q-Betrachtung).

Die Wirtschaftsentwicklung in Japan war zuletzt stark von Corona-bedingten Schließungen in China und Störungen der Lieferketten betroffen. Die Lockerungen in China kamen dagegen Japan besonders zugute und die Konsumausgaben der privaten Haushalte erholten sich, insbesondere im Dienstleistungssektor. Allerdings steht zu befürchten, dass der weitere Aufschwung durch die kostentreibende und konsumdämpfende Inflation behindert wird. Diese ist im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsräumen zwar immer noch gering, für die japanischen Unternehmen und Verbraucher allerdings eine neue Erfahrung. Durch die Zinsdifferenz zu anderen großen Währungsräumen erhöhte sich der Abwertungsdruck auf den Yen. Die Realeinkommen der Verbraucher werden dadurch geschmälert, was die Konsumneigung schwächen dürfte. Der IWF erwartet für Japan in 2022 und 2023 Wachstumsraten von jeweils 1,7%. Da Japan bislang keinen starken „Rebound“ erlebt hat, ist auch die gegenüber April erfolgte Korrektur nach unten mit minus 0,7% beziehungsweise minus 0,6% weniger ausgeprägt. Der nationalen Statistik zufolge ist die japanische Wirtschaft im 2. Quartal real um 0,5% gewachsen, nachdem sie im ersten Quartal um 0,5% geschrumpft war (Q/Q-Betrachtung).

Die Konjunktur der Eurozone verliert Fahrt. Der Krieg in der Ukraine erzeugt Unsicherheit und sorgt für große Belastungen in Europas Energieversorgung und damit für höhere Energiepreise, die sich mittlerweile auch im gesamten Warenkorb niederschlagen. Höhere Leitzinsen sorgen für steigende Finanzierungskosten. Parallel hat die Pandemie an direktem Einfluss verloren, zog aber indirekt über Lieferketten – zum Beispiel in Verbindung mit Lockdowns in China – die europäische Konjunktur nach unten. Nach nur 0,5 % Wachstum im ersten Quartal dieses Jahres wuchs das Eurozonen-BIP im zweiten Quartal um nur 0,7 % (Q/Q-Betrachtung). Am aktuellen Rand der Daten zeichnet sich ebenfalls ein Abschwung ab; so fiel der Einkaufsmangerindex im Juli das erste Mal seit Februar 2021 wieder in negatives Territorium.

Die EU-Kommission zeichnet in ihrer Sommer-Zwischenprognose (nur BIP und Inflation) vom 14. Juli vor allem für nächstes Jahr einen deutlich schlechteren Konjunkturausblick als noch in ihrer Frühjahrsprognose vom 16. Mai. Für Slowenien, Polen, Zypern, Spanien, Deutschland sowie Italien hat die EU-Kommission ihre BIP-Prognose sogar um mehr als einen Prozentpunkt nach unten revidiert. Viele in der Frühjahrsprognose dargestellte Konjunkturrisiken im Kontext des Ukraine-Krieges hätten sich materialisiert. Für die Eurozone rechnet die Kommission dieses Jahr mit 2,6% Wachstum (+0,1 %-Punkte gegenüber Frühjahrsprognose) und nun mit 7,6% Inflation (+1,5 %-Pkt.), aber nächstes Jahr mit nur 1,4% Wachstum (-0,9 %-Pkt.) sowie 4,0% Inflation (+1,3 %-Pkt.). Der IWF erwartet für die Eurozone in 2022 und 2023 Wachstumsraten von 1,6% und 1,2%.

Mit Blick auf Russland sind die Indizien wenig belastbar. In der kurzen Frist hat sich die Binnenwirtschaft robuster als erwartet gezeigt. Insbesondere das Exportgeschäft mit Öl, Gas und Kohle war lukrativer, als die meisten Prognosen vorhergesehen hatten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Sanktionen wirkungslos sind. Vielmehr dürfte sich die volle Wirkung der Sanktionen stärker als zunächst gedacht in den Zahlen für 2023 niederschlagen. So revidierte der IWF seine Prognose für 2022 nach oben, die für 2023 aber nach unten. Statt der im April erwarteten minus 8,5% wird die Wirtschaft im Jahr 2022 „nur“ um 6% schrumpfen. Für 2023 wurde die Prognose aber um 1,5 Prozentpunkte abgesenkt, weil dann eine stärkere Wirkung der Handels- und Finanzsanktionen zu erwarten ist. Gemäß nationaler Statistik ist die russische Wirtschaft im 2. Quartal um 4% eingebrochen, nachdem sie im 1. Quartal noch um 3,5% gewachsen war (Y/Y-Betrachtung).

### CHANCEN UND RISIKEN IM UNGLEICHGEWICHT

Die derzeitige wirtschaftliche Lage ist von ungewöhnlich hohen Unsicherheitsfaktoren gekennzeichnet. Die Inflation könnte persistenter als erwartet sein. Schlechtere globale Finanzierungsbedingungen könnten in Schwellen- und Entwicklungsländern die Schuldentragfähigkeit belasten. Erneute Corona-Ausbrüche und Schließungen in China sowie eine weitere Eskalation der dortigen Krise im Immobiliensektor könnten das Wachstum weiter dämpfen. Die geopolitische Fragmentierung könnte den globalen Handel und die Zusammenarbeit stärker behindern. All dies könnte die weltweite Konjunktur stärker treffen als derzeit prognostiziert. Gegenüber diesen Risiken zeichnen sich die Chancen, die sich unter anderem aus einem Ende der Corona-bedingten Restriktionen in China, einem zu erhoffenden Nachlassen der kriegsbedingten Turbulenzen, einem Abebben der Lieferkettenstörungen und erfolgreichen „sanften Landemanövern“ in der Inflationsbekämpfung ergeben, weniger deutlich ab. —

## **IMPRESSUM**

### **HERAUSGEBER**

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
[www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

### **STAND**

23. August 2022

### **DRUCK**

Bonifatius GmbH  
Druck – Buch – Verlag  
33100 Paderborn

### **PAPIER**

Die „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ wurden auf 100 % recyceltem Altpapier gedruckt. Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten wurden mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

#### **UMSCHLAGPAPIER**

170 g/m<sup>2</sup>, ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

#### **INNENSEITENPAPIER**

100 g/m<sup>2</sup>, ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

#### **BEILEGER**

100 g/m<sup>2</sup>, ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

### **GESTALTUNG**

Hirschen Group GmbH  
10997 Berlin

### **BILDNACHWEIS**

Titel, S. 10, 12, 14 – 15: Sebastien Thiebault;  
S. 8, 16: Getty Images; S. 14: bitteschön.TV; S. 18: Kati Szilágyi;  
S. 21 BMWK; S. 24: Nancy Kouta

### **DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN ERHALTEN SIE BEI:**

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
[www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

### **ZENTRALER BESTELLSERVICE**

Telefon: 030 – 18272 2721  
Bestellfax: 030 – 18102 7227 21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.





